

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eward Steindorfer, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedenstr. 2.

Inserate für die vierspaltige Zeitspalte oder deren Raum 50 Pf.  
Verzinsungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pf.  
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

## Zum 1. Mai.

Und zwei Lager heute zerklüftet die Welt  
Und ein Hüben, ein Drüben nur gilt!

Eine tiefe Kluft scheidet, nicht in Deutschland allein,  
sondern in der ganzen Kulturwelt die Besitzenden von den  
Besitzlosen. Das Wort Israels von den zwei Nationen,  
die, obwohl sie die gleiche Sprache sprechen, sich nicht ver-  
stehen, ist nur zu wahr. In ihren Gedanken und Gefühlen,  
in ihren Empfindungen und den Zielen, denen sie zustreben,  
kluft zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten ein un-  
überbrückbarer Abgrund. Es gibt Leute, die mit mehr  
oder weniger Aufrichtigkeit den utopischen Plan verfolgen,  
die beiden Nationen einander näher zu bringen. Wir aber  
haben keinen Anlaß, Bemühungen zu unterstützen und zu  
fördern, denen ein Erfolg notwendigerweise versagt bleiben  
muß. So wenig als das schöne Bild vom Lamm und Tiger,  
die friedlich zusammen weiden, Wahrheit werden kann,  
ist in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine Inter-  
essenharmonie zwischen den Besitzenden und Besitzlosen, den  
Ausbeutern und den Ausgebeuteten, denkbar.

Die Klassenbewusste Arbeiterschaft ist bestrebt, einen  
Zustand herbeizuführen, in welchem alle Menschen gleich-  
berechtigt sind und gleiche Pflichten zu erfüllen haben. Die  
Voraussetzung hierfür ist aber die Beseitigung der privat-  
kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die es bedingt, daß  
Millionen sich mühen und plagen müssen und dabei kaum  
das nackte Leben fristen können, während eine Handvoll  
Beworrechteter, die sich im Besitz der Produktionsmittel be-  
finden, imstande sind, den Schweiß der Armen in Gold um-  
zumünzen, das ihnen gestattet, ohne mühselige Arbeit zu  
leihen, ein Leben herrlich und in Freuden zu führen.

Wer die Ungerechtigkeit und den Widerstimm der heute  
herrschenden Zustände erkannt hat, hat die heilige Pflicht,  
an ihrer Beseitigung mitzuarbeiten. Nicht mit salbungsvollen  
Redensarten sollen die Geknechteten über ihr Elend  
hinweggelächelt werden. Die Hoffnung auf den reichen  
Vohn, der den auf Erden Darbenenden im Jenseits winkt,  
darf die Opfer der Ausbeutung nicht abhalten, für die Ver-  
besserung ihrer Lebenshaltung im Diesseits zu kämpfen.

„Es gibt hienieden Brot genug  
Für alle Menschenkinder.“

Von selbst fliegen uns jedoch die gebratenen Tauben  
nicht in den Mund. Es bedarf ernster, fleißiger und auf-  
opferungsvoller Arbeit, um vorwärts zu kommen. Schritt  
für Schritt müssen wir uns jeden Fußbreit Boden er-  
kämpfen. Aber der Kampf, den wir führen, ist nicht ver-  
geblich! Wir kommen unserem Ziele näher und selbst eine  
gelegentliche Niederlage kann unseren Vormarsch nicht auf-  
halten.

Zur Dokumentierung unseres festen Willens, das auf  
der Arbeiterschaft lassende Joch zu beseitigen, veranstalten  
wir alljährlich die Maifeier. Als die Vertreter der Ar-  
beiter aller Kulturländer nach langer Pause in Paris im  
Jahre 1889 wieder zu einem internationalen Kongreß zu-  
sammenkamen, da wurde in einem Moment schöner Begeiste-  
rung der 1. Mai als internationaler Festtag bestimmt, an  
welchem die Arbeiter aller Länder für den gesetzlichen Ar-  
beiterschutz demonstrieren sollen. Der internationale Kon-  
greß hat zutreffend erkannt, daß die Verkürzung der  
Arbeitszeit der wesentlichste Bestandteil, die Grund-  
lage jeden ernsthaften Arbeiterschutzes ist, und so wurde  
der gesetzliche Achtstundentag das Symbol  
der Maifeier.

Von den herrschenden Gewalten ist der Maifesttag mit  
allen Mitteln auf das schärfste bekämpft worden. Das ist  
erkennbar, ist doch die Maifeier der scharfe Ausdruck der  
Solidarität der Arbeiterinteressen. Über-  
all wo der Kapitalismus herrscht, sind die Arbeiter in  
gleicher Weise unterdrückt, geknechtet und ausgebeutet. Die  
gleichen Ursachen rufen überall die gleichen Wirkungen her-  
vor und so stehen die Arbeiter aller Länder in gleicher  
Stellung gegen den Kapitalismus. Für die unter den  
Ketten dieses Vampirs seufzende Arbeiterklasse gibt es  
keine künstlich errichteten Landesgrenzen. Es gibt für sie  
keine Gegensätze der Rasse oder der Nationalität; brüderlich  
reichen wir uns die Hände, einig in dem Streben, die  
Macht des Kapitals zu brechen.

Diese Einigkeit der Arbeiter ist es, welche die Herr-  
schenden mit gutem Grund fürchten. Eine einzige Ar-  
beiterklasse ist unüberwindlich. Deshalb die  
nie ruhenden Bemühungen, mit List und Gewalt das Zu-  
sammenschließen der Arbeiter zu verhindern. Die Maifeier,  
diese großartige Demonstration für die Völkerbrüderung,  
die das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller  
Länder so mächtig fördert, ist den Sachwaltern des Kapita-

lismus ein Greuel. Aber wir spotten ihrer ohnmächtigen  
Wut. Die Masse der Arbeiter ist zum Klassenbewußtsein  
erwacht. Immer größer wird die Zahl derer, die sich dem  
Heere ihrer kämpfenden Brüder anreihen. An dem gesun-  
den Sinn der Arbeiter scheitern alle Versuche chauvinisti-  
scher Verhehlung.

Dank der Aufklärungsarbeit der Arbeiterorganisationen  
ist der Sinn unseres Volkes nicht mehr darauf gerichtet,  
kriegerische Vorbeeren zu ernten. Wir kennen höhere Ziele,  
als uns in blutigen Kriegen zu Tausenden abschlagen  
zu lassen. Arbeiter sind es und Söhne von Arbeitern, die  
zu Hunderttausenden in den Kasernen festgehalten und zur  
Technik des Massenmordes gedrillt werden. Der Milita-  
rismus nagt am Mark der Völker, immer  
mehr Männer will er dem Erwerbaleben entziehen, um sie  
fein, nicht auf das Aufbauen, sondern auf das Zerbrechen  
gerichteten Zwecken dienstbar zu machen. Unser Volk will  
keinen Krieg, wir erheben Protest gegen die Heeres-  
vermehrung, die jetzt wieder geplant wird und deren  
wichtigster Zweck neben der Vermehrung des Profits der  
Armeelieferanten, die Schaffung von Versorgungsstellen  
für den Wachstum der Junter ist.

Es ist nicht wahr, daß Deutschland von auswärtigen  
Feinden bedroht ist, die auf den geeigneten Augenblick  
warten, um über uns herzufallen. Auch jenseits der  
Grenzen besteht die große Mehrheit des Volkes aus Würdigen,  
die den Krieg verabscheuen. An den maßgebenden Stellen  
weiß man auch recht wohl, daß dank dem Einfluß der or-  
ganisierten Arbeiterschaft ein europäischer Krieg ein sehr  
gefährliches Unterfangen für diejenigen wäre, die es unter-  
nehmen wollten, das Land in derartiger Unruhe zu  
stürzen. Im vorigen Sommer war die Situation eine Zeit-  
lang sehr gespannt. Profitlüsterner Unternehmer und ähn-  
liches Gesindel, das den Krieg als willkommenen Gelegenheit  
betrachtet, Deute einzuheimen, bemühten sich nach Kräften,  
die Völker gegeneinander zu hetzen. Wenn trotz dieses ge-  
fährlichen Krieges der Frieden erhalten blieb, so  
ist das in erster Linie den starken Arbeiterbataillonen zu  
danken, die zu beiden Seiten der Vogesen ihren festen  
Willen bekundeten, den Frieden zu erhalten.

Die Arbeiter wollen den Frieden und die 4 1/2 Mi-  
lionen sozialdemokratische Wählerstimmen,  
die unseren Machthabern so schwer in den Gliedern liegen,  
sind eine weit bessere Friedensbürgschaft als unser herr-  
liches Heer und die prächtige Flotte. Nicht in  
mörderischem Ringen wollen wir unsere Kräfte mit denen  
des Auslandes messen, sondern in friedlichem Wettstreit  
wollen wir mit unseren Kameraden im Ausland um die  
Palme ringen und uns mit ihnen über jeden Fortschritt  
freuen, der auf dem Gebiete der Kultur und der Zivilisation  
errungen wird.

Die Hebung der wirtschaftlichen Lage  
der Arbeiter, Förderung von Kunst und Wissenschaft,  
die wir zum Gemeingut des ganzen Volkes machen wollen,  
das sind die Ideale der Klassenbewussten Arbeiterbewegung,  
für welche wir am 1. Mai demonstrieren. Wir wollen  
den Achtstundentag erringen! Nicht als letztes  
Ziel. Schon bei dem heutigen Stande der Technik könnte  
man die tägliche Arbeitszeit noch kürzer bemessen, ohne daß  
einer, der mühselige Arbeit leistet, genötigt wäre, Mangel  
zu leiden. Aber wenn wir auch auf dem Wege der Arbeits-  
zeitverkürzung rüstig vorwärts marschieren, so liegt doch  
die Erringung des gesetzlichen Achtstundentages noch so  
fern, daß uns dieses Symbol noch für absehbare Zeit der  
Leitstern in unseren wirtschaftlichen Kämpfen sein wird.

In dem Ruf nach dem Achtstundentag, für den wir  
am 1. Mai demonstrieren, legen wir den Ausdruck unserer  
Sehnsucht nach einem menschenwürdigen Dasein. Verkürzte  
Arbeitszeit, höhere Löhne, ausreichende Ernährung, Rück-  
sichtnahme auf die Erhaltung der Gesundheit, Zeit und  
Gelegenheit für die Förderung unserer geistigen Ausbildung  
usw. usw. Das sind die Stappen, auf welchen wir unserm  
Ziele, der Befreiung der Arbeit aus dem Joch  
der Lohnsklaverei entgegengehen. Das ist das  
Arbeitsgebiet der Gewerkschaften, die sich immer  
prächtiger entwickeln und von Erfolg zu Erfolg schreiten.

Die Gewerkschaften, als die Pioniere des Fortschritts  
der Arbeiterbewegung, haben gegen mächtige Feinde anzu-  
kämpfen. Die Unternehmer scharren sich zusammen, um,  
wenn nicht die Organisationen der Arbeiter zu vernichten,  
so doch ihre Entwicklung aufzuhalten und ihren Vormarsch  
zu hemmen. Die riesigen wirtschaftskämpfe  
der jüngsten Zeit zeigen, welche Hindernisse unserem  
Streben nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen ent-  
gegengestellt werden. Wenn es sich um die Niederhaltung  
und Knechtung der Arbeiter handelt, dann steht dem Unter-

nehmertum die Staatsgewalt mit allen ihren Machtmitteln  
zur Verfügung. Diese Erfahrung hat der Niesenstreik der  
Ruhrbergleute in recht sinnfälliger Weise bestätigt.  
Mit Polizisten und Gendarmen, mit Infanterie, Kavallerie  
und Maschinengewehren ist der Klassenstaat dem bedrohten  
Unternehmerprofit zu Hilfe geeilt, und er hat mit diesen  
Gewaltmitteln einen schnellen Abbruch des Kampfes be-  
wirkt. Aber wenn auch die Bergleute niedergedrungen sind  
und die Justiz im Ruhrgebiet eine Tätigkeit entfaltet, die  
an das Wirken der russischen Feldgerichte erinnert, so haben  
die Kapitalisten und ihre Helfershelfer mit dieser Nieder-  
drückung der Arbeiter nichts gewonnen. Das Milten und  
Loben der Reaktion ebnet letzten Endes den Weg für künf-  
tige Siege der Unterdrückten.

Schon diesmal hätten die Bergleute Erfolge erzielt,  
wenn sie einig gewesen wären. Daß es noch Arbeiter  
gibt, die sich von den gefährlichsten Feinden der Arbeiter-  
sache ins Schlepplau nehmen und gegen ihre Brüder hetzen  
lassen, das ist ein trüber Schatten, der auf unsere Festes-  
freude fällt. Aber es ist gut, sich bei der Maifeier dieser  
Tatsache bewußt zu sein. Sie erinnert uns recht ein-  
drücklich daran, daß wir, ungeachtet aller schon errungenen  
Erfolge noch eine Niesenarbeit leisten müssen, um das  
Klassenbewußtsein in allen Arbeitern wachzurufen und zu  
festigen. Das Verständnis dafür, daß die Lebensinteressen  
der Arbeiterschaft denen der kapitalistischen Welt entgegen-  
stehen, daß die Arbeiter, wenn sie vorwärts kommen wollen,  
fest und einig zusammenhalten müssen, daß sie Brüder sind,  
gleichviel in welchem Lande sie wohnen und welcher Rasse  
sie angehören, muß Gemeingut aller Arbeiter werden. Die  
Maifeier soll uns an unsere Pflicht erinnern, unausgesetzt  
in diesem Sinne zu wirken, unablässig für die  
Ausbreitung der Organisation zu agi-  
tieren. Die Maifeier ist kein Friedensfest, sie gibt uns  
neue Kraft zur Führung unseres großen Befreiungs-  
kampfes. Wer in diesem Kampfe seine Pflicht tut, wird  
auch den Festtag der Arbeit würdig zu begehen wissen.

## Der Arbeitstag.

Eines doch bedenkliche jeder, Daß die Mühsal des Erwerbens  
Was er tut auch, was er treibt; Ihm sein Bestes unterquält,  
Ob mit Hammer oder Feder, Und am Tage seines Erbrens  
Brot er schmeibet oder schreibt: Keiner weiß, ob er gelebt.  
Ferd. Sauter.

„... Und am Tage seines Sterbens keiner weiß, ob  
er gelebt. ... Am wenigsten weiß dies der Arbeiter! Denn  
ihm hat wie sonst keinem die Mühsal des Erwerbens sein  
Bestes untergraben, und wenn die Angehörigen der be-  
sitzenden Massen zum Augenblicke in faustischer Unerfähr-  
lichkeit sagen mögen: Verweile doch, du bist so schön! — so hat  
der Proletarier ein Recht zu fluchen: Vergehe doch, du bist  
so häßlich! Was auch sollte ihm das Leben begehrenswert  
machen? Die Arbeit? Wenn er sie schon nicht als Fluch  
empfindet, wie die biblische Anschauung es rechtfertigen  
würde; als Segen kann er sie nimmermehr empfinden, und  
vollauf gelten für ihn die tief Schmerzligen Worte, die der  
Wiener Poet sich als Grabchrift gestiftet hat: Denn nicht  
blag, daß der Proletarier in harter Fron sein Dasein ver-  
bringt, zum Schluß muß er noch die bittere Erkenntnis  
schließen, daß ihm die harte Arbeit nicht die geringste  
Freude gemacht, daß er — der stets nur für andere ge-  
lebt — selbst gar nicht zum Leben gekommen ist. Er hatte  
keine Zeit zum Leben! Keine Zeit wenigstens zum  
Leben für sich! Denn was er mit seiner Arbeitskraft  
verkauft, das war eben seine Zeit, sein Leben, seine  
Lebenszeit! Er, der Proletarier, meinte es zwar  
anders, allein:

„Der Kapitalist hat die Arbeitskraft zu ihrem Tages-  
wert gekauft. Ihm gehört ihr Gebrauchswert während  
eines Arbeitstages. Er hat also das Recht erlangt, den  
Arbeiter während eines Tages für sich arbeiten zu lassen.  
Aber was ist ein Arbeitstag? Jedenfalls weniger, als ein  
natürlicher Lebenstag. Um wieviel? Der Kapitalist hat  
seine eigene Ansicht über dieses ultima Thule, die not-  
wendige Schranke des Arbeitstages. Als Kapitalist ist er  
nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapital-  
seele. Das Kapital hat aber einen einzigen Lebenstrieb,  
den Trieb, sich zu vermehren. Mehrwert zu schaffen, mit  
seinem konstanten Teil, den Produktionsmitteln, die größ-  
mögliche Masse Mehrarbeit einzusaugen. Das Kapital ist  
verstoffbete Arbeit, die sich nur vampirhaft bewegt durch  
Einsaugung lebendiger Arbeit, um so mehr lebt, je mehr  
sie davon einsaugt. Die Zeit, während derer der Arbeiter  
arbeitet, ist die Zeit, während derer der Kapitalist die von  
ihm gekaufte Arbeitskraft konsumiert. Konsumiert der  
Arbeiter seine dispondible Zeit für sich selbst, so bestiehlt er  
den Kapitalisten...“

Kann man die Eier des Kapitalismus nach der Zeit des Arbeiters treffender charakterisieren, als dies hier durch Karl Marx geschehen? Kann man prägnanter das Problem des Arbeitstages zusammenfassen? Der Kampf um die Zeit des Arbeiters ist ein Kampf um sein Leben. Um sein Leben nicht bloß im physischen, sondern auch im sozialen, kulturellen und materiellen Sinne des Wortes. Es ist ein Kampf gegen die Mehrarbeit, die dem Arbeiter abgenommen wird, ohne daß er dafür eine Entschädigung erhält; ein Kampf gegen die Überarbeit, die über das Quantum dessen hinausgeht, was zum Wiederersatz seiner Arbeitskraft notwendig ist; ein Kampf gegen diejenige Arbeit, die sich der Kapitalist aneignet, weil er die von ihm bereitgestellten Produktionsmittel nicht bloß amortisieren, sondern weit über ihren Wert hinaus, jedenfalls höher verzinsen will, als die vom Arbeiter bereitgestellte Arbeitskraft.

Darum nämlich ist es dem Kapitalisten zu tun, und bedwegen zwingt er den Arbeiter, den eigentlichen Arbeitstag zu verlängern und sich trotzdem mit einem verhältnismäßig geringfügigen Bruchteil des Arbeitsertrages, der im Laufe des ganzen Arbeitstages erzielt wurde, zufriedenzugeben. Bedarf die Herstellung des Produkts, aus dessen Erlös die Unkosten der Erzeugung nebst dem Arbeitslohn bestritten werden, zum Beispiel sechs Stunden, so muß der Arbeiter trotzdem neun und zehn Stunden arbeiten und den Wert der Erzeugung dieser letzten drei bis vier Stunden dem Kapitalisten überlassen, der ihn für sich allein als gebührenden Profit beansprucht. Der Lohn wird eben nicht nach dem ganzen Arbeitsertrag, nicht nach dem Ertrag des ganzen Arbeitstages, sondern nach dem Bemessen, was der Arbeiter kraft seiner wirtschaftlichen Notwendigkeit für den Kapitalisten erbringen kann. Der Lohn ist ein Produkt des Kampfes und der Kampf um die Arbeitszeit daher zugleich ein solcher um den Lohn, der zwar von den Kapitalisten noch immer den Produktionskosten zugerechnet wird, der aber — so wie der Mehrwert — ein Teil des Arbeitsertrages ist, welcher im Laufe des Arbeitstages sich ergibt.

Darum verlangen wir also eine Verkürzung des Arbeitstages: weil dadurch der Lohn erhöht wird, was nichts anderes bedeutet, als eine Erhöhung des Anteils am Arbeitsertrag; weil ferner die Gesundheit des Proletariats es erfordert; und weil endlich sein Leben als Mensch erst beginnt, wenn der Arbeitstag zu Ende ist. Und wir wissen auch, daß die heutige Gesellschaft diesem unferen dreifach begründeten Begehren Rechnung tragen kann, daß es nur auf ihren Willen ankommt, und daß wir sie zwingen müssen, zu wollen, indem wir, die Vermeister unserer Arbeitskraft, die Verkäufer unserer Zeit, uns zu einer unübersteiglichen Balance verpflichten. Technisch und wirtschaftlich ist die Verkürzung des Arbeitstages in den meisten Industriezweigen möglich. Denn die Entwicklung der Technik hat die Produktivität der Arbeit berart gesteigert, daß ein früherer Zeiten märchenhaft erscheinender Reichtum erzeugt werden kann und auch erzeugt wird. Schon die heutige planlose und verschwenderische Produktion schafft Massen von Gütern, welche die elende Lebenshaltung der Mehrheit des Volkes als „Ueberfluß“ erscheinen läßt. Dabei erhält die industrielle Reservearmee immer wieder neuen Zuwachs, steigt die Zahl der Proletarier, welche hungern und obdachlos umherziehen oder für einen Hungerlohn ihre ganze Zeit bezw. die Arbeitskraft für diese Zeit verkaufen müssen und so auf den Lohn der übrigen drücken. Ueberarbeit der einen und Arbeitslosigkeit der anderen, Hungerlohn und Ueberfluß — das sind mahnwürdige Widersprüche, die nur durch die Verkürzung

der Arbeitszeit zum Verschwinden gebracht oder doch gemildert werden können.

Die Wortführer des Kapitalismus freilich wollen nichts davon wissen. Wie der Jude Shylock pochen sie auf ihren Scharf: es war aber selbst begreifen, daß diese Verurteilung auf die Geschichte nicht stichhaltig ist und nicht ausreicht, um ihr Ausbleiben zu rechtfertigen, so verschlangen sie sich hinter die Ausrede, daß die Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitsertrag mindere, was die Industrie nicht vertragen. Diesen Einwand hat kürzlich der französische Arbeitsminister Dougeois bei der Empfehlung des vom ihm eingebrachten Gesetzes zur Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages mit zwingender Logik entkräftet. „Ich gebe zu“, sagte er, „daß eine gewisse Verminderung der nationalen Produktion möglich ist. Aber wir glauben, daß sie vorübergehend und nicht hinreichend sein wird, der Produktion des Landes einen ernstlichen Eintrag zu tun. In allen Industrien und in allen Ländern ist das Bestreben der Industriellen darauf gerichtet, den Mentertrag zu erhöhen. Als Elemente dieses Ertrages kommen die individuelle Arbeit und die Arbeit der Maschine in Betracht. Und Sie werden nicht bestreiten, daß sich der Fortschritt an der Tatsache nicht, daß der Anteil der Maschine von Tag zu Tag wächst. Das industrielle Problem ist also das folgende: Den Kostenpreis trotz der Verkürzung des Arbeitstages und der Erhöhung der Löhne dank einem erhöhten Ertrag zu vermindern. Wie stellt sich nun das Problem für den Gesetzgeber dar? Dank der regelmäßigen Erhöhung des Stundenenertrages kann man die Zahl der Arbeitsstunden herabsetzen, ohne den Lohn und den Kostenpreis zu ändern. Wenn man es erreicht, daß die regelmäßige Vermeidung des Stundenenertrages die sich aus der Verminderung der Arbeitsstunden ergebende Verringerung der Produktion fühlbar ausgleicht; wenn in weiterer Folge die beiden anderen Elemente derselben, Lohn und Kostenpreis, nicht verändert sind, dann ist das Problem gelöst.“

So ist es auch! Und die Erfahrungen aller Staaten bestätigen es, daß diejenigen die reichsten sind, deren sozialpolitische Gesetzgebung am meisten ausgebildet, deren Arbeitszeit am kürzesten ist. Englands Weltstellung als Industriemacht beruht auf der Leistungsfähigkeit seiner Industrie, diese aber auf der Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter. Wie jedoch wäre die letztere, wenn sie nicht auf die Arbeitszeitverkürzung und vor allem auf die kurze Arbeitszeit sich stützen könnte? Die britische Industrie hat sich den Weltmarkt erobert nicht durch die Billigkeit, sondern durch die Vorzüglichkeit ihrer Erzeugnisse. Je mehr aber der Weltmarkt an Bedeutung verliert, desto mehr wird die Bedeutung des Inlandkonsums gewinnen, der fast ausschließlich von der Konsumfähigkeit der Massen abhängt. Wie anders sollen jedoch diese konsumfähiger werden, wenn nicht durch die Verkürzung der Arbeitszeit? Wie anders soll der Schatz des menschlichen Kapitals bereichert werden? Ohne diese Bereicherung des menschlichen Kapitals gibt es keine Produktivität des Geldkapitals! Auch im Interesse des letzteren ist demnach die Verkürzung des Arbeitstages geboten, es widersteht sich ihm nur, weil es vom Arbeitsertrag auch den Mehrwert haben will. Allein dieser ist kein Ersatz für den Verlust, den das menschliche Kapital und mit ihm die gesamte Wirtschaft erleidet, und die Uebereinstimmung zwischen Arbeitslohn und Arbeitszeit muß deshalb gegen den Willen der kurzfristigen, eigennütigen Kapitalistenklasse erkämpft werden — im Namen des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft, im Namen der Kultur!

**Unsere Aufgabe.**

Bei den Debatten, die der neugewählte Reichstag über das Reichsamt des Innern gepflogen hat, ist namentlich das sozialpolitische Gebiet reichlich und gründlich erörtert worden. Die sozialdemokratischen Redner haben nicht unterlassen, die Lässigkeit, ja Widerwilligkeit der bürgerlichen Parteien gegenüber dem wirksameren Ausbau der Sozialreform zu rügen; sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß es mit der Arbeiterfürsorge und dem Arbeiterschutz bei uns noch viel schlimmer aussehe würde, wenn nicht die Massenbewegte Arbeiterbewegung ständig wie ein Dränger und Treiber hinter der bürgerlichen Gesellschaft gestanden hätte. Das Wort Bismarcks, daß, wenn wir keine Sozialdemokratie hätten, es auch keine Sozialreform gäbe, ist dabei nicht ungenutzt geblieben. Demgegenüber haben sich bei dieser Gelegenheit die bürgerlichen Redner darauf berufen, daß mit dem Arbeiterschutz bei uns bereits vorgegangen worden sei, als es noch keine Sozialdemokratie, noch keine Gewerkschaften, noch keine organisierte und auf Sozialreform drängende Arbeiterklasse gab, daß die Anfänge des Arbeiterschutzes auf die Einsicht und das Wohlwollen der Regierung und des Unternehmertums zurückzuführen seien. Man kann ruhig zugeben, daß es in der bürgerlichen Gesellschaft von jeder Seite von gutem Herzen und trefflichem Verstande gegeben hat, die sich mit dem Los der Arbeiter beschäftigten und dabei erkannten, daß es nicht nur eine Pflicht der Menschlichkeit, sondern auch ein Gebot der Nützlichkeit und Notwendigkeit in wirtschaftlichen und staatlichen Interesse sei, sie vor der schrankenlosen und unbarmherzigen Ausbeutung durch den Kapitalismus zu schützen. Solche Leute hat es auch in den Regierungen gegeben. Von der königlichen Regierung in Potsdam wurde am 31. Januar 1888 das große und wahre Wort gesprochen: „Die Menschheitskultur ist auf jeden Fall noch wichtiger und notwendiger, ja auch dem Staate noch erspriechlicher, als selbst die Erhöhung der Industrie und des äußeren Wohlstandes, welche noch dazu nur durch jene (die Menschheitskultur) wahrhaft und dauernd gesichert werden kann.“

Und es soll auch gar nicht bestritten werden, daß es von jeder unter den Kapitalisten, daß es im Unternehmertum Leute gab, denen das Glend der Arbeiter zu Herzen ging und die, soweit es der Wille des einzelnen vermag, bestrebt waren, dieses Glend zu lindern. Gewiß! Aber der Kapitalismus hat seine eigenen Gesetze, und diese werden nicht von dem guten Willen und der Einsicht des einzelnen, sondern durch den Profit bestimmt, den es zu mehren gilt. Mehrwert schaffen! — Das ist die Aufgabe des Kapitals, und dieser Aufgabe hat sich der einzelne, mag sich sein gutes Herz und sein trefflicher Verstand noch so sehr darüber streuben, unterzuordnen, wenn er nicht unter die Mäher der Konkurrenz kommen oder freiwillig aus der Reihe der Profitmacher ausscheiden will. Erst wenn die Wirkung der kapitalistischen Ausbeutung und damit das Glend der Arbeiterklasse eine Höhe erreicht hat, daß darunter die Ausbeutungsmöglichkeit selber, daß darunter der Bestand der Gesellschaft oder einzelne für sie wichtige Interessen: Stauerfähigkeit, Militärtauglichkeit usw. zu leiden haben, dann mag es vorkommen, daß auch ohne das Fordern und Drängen einer zum Massenbewußtsein erwachten Arbeiterschaft die Gesellschaft aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, Maßregeln ergreift, um dem Glend und der Vermüstung der Menschheit Einhalt zu gebieten. Es tritt dann ein, was Marx von der englischen Fabrikgesetzgebung der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sagt, daß die Beschränkung der Fabrikarbeit diktiert war „durch dieselbe Not-

**Das alte Symbol im modernen Maienfest.**

W. Nicht sumreicher konnte der jährliche Festtag des Proletariats festgelegt werden als auf den ersten Tag des Mai. Dies ist der Tag uralter Volksfeste, und in der Mythologie des alten Maienkult liegen unerblickt Symbole der völkerverbindenden Arbeiterbewegung der Neuzeit.

Der Mai trägt seinen Namen zum Gedenken der alt-römischen Maia, der Göttin des Erdwachstums, der Fruchtbarkeit, der am ersten Tage ihres Monats im Flehen um ein ertragreiches Jahr ein trächtiges Schwein geopfert wurde. Die Mutter Erde sollte nach der Starre des Winters aus neuen ihren Schoß aufkühlen und ihre Gaben über die Menschheit ausschütten. Und so wie hier, dreht sich auch aller spätere Maienkult, dessen Gebräuche sich bis in unsere Tage erhalten haben, um den Gedanken der Erlebung in der Natur. Das Leben unserer Vorfahren war ja weit inniger mit allen Vorgängen in der Natur verknüpft als das unsere, und mit unendlich größerer Sehnsucht sah man in den toten Wintermonaten dem Wiederbeleber Frühling entgegen. Das altheimische Winterjonnwendfest, das von der christlichen Kirche zum Weihnachtsfest umgewandelt wurde, gab schon mitten im Winter der Sehnsucht nach dem Frühling bereiten Ausdruck. Ist um diese Zeit der Winter auch noch im Vollbesitz seiner Kraft, so rüftet sich doch schon sein Widersacher zum erfolgreichen Kampfe. Die Sonne hat ihren tiefsten Stand erreicht, länger und heller werden die Tage und wärmer die Strahlen der Lebenspendlerin. Im März schon soll offiziell der Frühling seine Regierung antreten, aber so schnell weicht der riesengrämige Winter nicht zurück, und auch noch im weiterwestlichen April schwingt er nicht selten seine Geißel über alles, was nach Leben in der Natur drängt. So ist im unferen Landstrichen der Mai der eigentliche Frühlingmonat, und in diesem Sinne begrüßten ihn die Altvorderen und die Späteren mit lautem Jubel und frohen Festen.

Dem Maienfest voraus ging in vielen Gegenden eine Feier, die die Vertreibung des Winters veranschaulichte und zuweilen schon in der Fastenzeit oder zu Ostern begann. Der Winter wurde als Puppe in Gestalt eines

alten Mannes herumgetragen, verhöhnt, in dramatischen Volksspielen bekämpft und schließlich verbrannt oder ins Wasser gestürzt. Damit sollte nicht nur der Winter, sondern auch alles andere Ungemach, Krankheit und Tod verbrannt werden, weshalb diese Handlung das „Zodustragen“ hieß. War der Winter gestürzt, folgte die feierliche Einholung des Frühlings, und diese Zeremonie fiel in ganz Mitteldeutschland auf den ersten Mai und wird in vielen Gegenden noch heute geübt.

Die Hauptrolle bei dieser Feier spielt der Maibaum, eine stattliche Birke, die im Schnrud der jungen, eben entfaltenen Blätter und mit Bändern, Kränzen und Kronen aufgeführt in Prozession von Haus zu Haus getragen und schließlich auf einem freien Platz eingegraben wird, um in ausgelassener Freude darum zu tanzen. Der Maibaum ist hier das Symbol der Gesundheit und Fruchtbarkeit und wird deshalb auch jungen Bräuten vor das Fenster gepflanzt. In manchen Orten wird der Maibaum von jungen Burschen, die ganz in das Grün eingehüllt sind, dargestellt, dem Pfingstlilium, Gras- oder Lailichblüht, grünen Georg usw. Als echtes Volksfest schließt die Feier mit Kampfspiele, Wettrennen, Kranz- und Woffelstechen. Wer daraus als Sieger hervorgeht, ist für das nächste Jahr Maigraf und Anführer des Festes. Kralt ist auch die stellenweise mit dem Fest verbundene Sitte des „Mailebens“, denn Herodot erwähnt sie schon. Junge Burschen und Mädchen ziehen vor das Dorf hinaus, wo die Lehleren an die ersten verfeigert werden: „Heute zum Leben, übers Jahr zur Ehen“. Der „Maientritt“ um die Saatzfelder, das „Maibad“ im Tau der Wiesen, Bettastreiben von Vieh am Maientag sind Gebräuche, die an anderen Orten im Schwang sind und die Frühlingsfeier umkleiden.

All dieser Maientent kam aus der unwüchsigen Freude am sicheren Sieg des Frühlings. Ehe die Menschheit mit den Segnungen einer höheren Kultur überschüttet wurde, war die soziale Frage im wesentlichen durch das natürliche Wachstum der Existenzmittel bedingt. Der Winter, der nichts hervorbrachte, verförperte Hunger und Glend, und die Menschheit hätte der Vergeßung anheimfallen müssen, wenn sie nicht in diesen Tagen den Ausblick

auf sichere Erlösung gehabt hätte. Jene Überzeugungs- sichere Hoffnung des Dichters:

Und drüht der Winter noch so sehr  
mit trohigen Gebäden,  
und streut er Eis und Schnee umher,  
es muß doch Frühling werden!

Diese glaubensstarke Hoffnung auf den Frühling ließ alle Mühsal und Beschwerden des Winters überwinden. Es war eine Hoffnung, die alljährlich zum Maienfest aufs herrlichste in Erfüllung ging.

Ist solche unerschütterliche Hoffnung nicht auch eine machvolle Triebkraft der proletarischen Bewegung? Nicht der vage Glaube, daß es besser werden muß, sondern die sichere Ueberzeugung, daß es besser werden muß, ist es, was unseren Kämpfern den unübersteiglichen Glan gibt. Wir wissen, daß die Zeit kommen wird, in der allen Menschen die Möglichkeit eines von wirtschaftlichen Sorgen befreiten, glücklichen Daseins gegeben ist. Eine Zeit, in der nicht mehr ein kleines Häuflein Bevorrechteter im Reichtum und Luxus fast erstickt, während die große Masse derer, die alles hervorbringt, was das Leben lebenswert macht, in Armut und Glend vegetiert. Mag auch das Ziel heute noch in fast unerreichbarer Ferne schimmern, mögen die Gegner unsere Sehnsucht mit schalem Spott übergehen! Wir marschieren! Und jeder Tag des Marsches bringt uns dem Lande unserer Sehnsucht näher. Unaufhörlich schwillt der Heerhaufen des kämpfenden Proletariats, breiter und breiter wälzen sich die Massen die Straße voran, und nur Narren können wähen, dieser Flut einen Damm entgegenzusetzen zu können.

Die zunehmende Machtvolle unserer Organisation und die Einsicht in den Gang der blonominischen Entwicklung lösen alle Zweifel darüber aus, daß der Sieg unserer Ideen gleich einem Naturgesetz in Erfüllung gehen muß. Wie im Maienkult der Alten die unerschütterliche Hoffnung auf den Sieg des Frühlings verkörpert war, so soll im Maifest des modernen Proletariats das gleiche unzerstörbare Vertrauen auf die siegende Kraft seiner Bewegung einen Ausdruck finden.

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Erzeugung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsmitglieder Anlass geben, sind an den Verhandlungsstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Zischlern, Maschinen und Hilfsarbeitern nach Bries, Diefeld, Cassel (Hoffschiermeister Vogt), Chemnitz (Herrich), Darmstadt (Wibbel), G. m. b. H., Driesen a. d. (Hegler u. Comp.), Eberswalde (Zimmermann u. Co.), Elmshorn (Kölln), Erfurt (Nahmenfabrik Walther), Forchheim, Fürstenwalde a. d. Spree (System Bureauindustrie), Gera, H. J. L. (Schleffler), G. r. l. i. k. (Waggonfabrik), Großschuchwitz (Trippner), Kunnersdorf bei Augustsburg in Sachsen, Langenlitz, Dederan (G. Groß u. Co.), Rathenow (H. Gierke), Rothenburg o. d. Tauber (Saag u. Saalmüller), Schönlanke in Posen, Warmbrunn in Schles. (Gräfl. Schaffgotschke Möbel-fabrik), Wolfratshausen (Vanzinger, Schall-hamer), Nancy, Paris.
- Dresdener nach Driesen a. d. N. (Hegler u. Comp.), Lauf (Vogel), Rothenburg o. d. T., Dederan (G. Groß u. Co.), Schönlanke in Posen.
- Parteilagern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parteilagere, Uhlendstraße).
- Stuhlmachern nach Brand (Ergebirgische Holzindustrie A. G.).
- Korbmachern nach Fürstenberg a. Oder, Rothenburg o. d. T. (Saag u. Saalmüller), Salzkotten (Konrad Müller), Schönlungen (Thi-mer), Wontzenz.
- Stellmachern nach Fischenheim, Frankfurt a. M., Adler-Werke, G. r. l. i. k. (Waggonfabrik), Rausow bei Berlin (Wienke Nachf.), Zürich (Wagenfabrik Schlerer), Chur.
- Vergoldern nach Erfurt (Walther).
- Schwarzarbeitern nach Oberhau (Rehlig).
- Werkarbeitern nach Schönebeck a. Elbe.

wendigkeit, die den Quano auf die englischen Felder aus- geht, dieselbe blinde Raubgier, die in dem einen Falle die Erde erschöpft, hatte in dem anderen die Lebenskraft der Nation an der Wurzel ergriffen. Periodische Epidemien wütheten hier ebenso heftig als das abnehmende Sol- datenmaß in Deutschland und in Frankreich.

In dem Militärstaat Preußen war es allerdings die Sorge um den Rekruten-satz, der lebend auf die ersten Anfänge des Arbeiter-Suzes wirkte. Anfang der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte die preussische Re- gierung durch Zufall Kenntnis erlangt von graueneregen- den Zuständen in der Fabrik eines rheinischen Textil- industriellen der Kinder von 6 Jahren ab, und zwar tags und nachts bis zu 12 Stunden lang beschäftigte. Die Re- gierung verordnete daraufhin Erhebungen, ob und wieviel die Minderarbeit in den übrigen Fabrikbetrieben der Na- rarchie vorhanden und ob und wieviel eine gesetzliche Be- schränkung geboten sei. Die Erhebungen ergaben ein schauerliches Bild von der Ausbeutung Kindlicher und jugendlicher Menschenkraft, so daß die Regierung ein gesetz- liches Einschreiten für geboten erachtete. Hierbei stellten sich aber zunächst Schwierigkeiten im Schoße der Regierung selber ein. Der Kultusminister brang im Interesse eines regelmäßigen und erspriehlichen Schulunterrichts auf mög- lichst baldige Maßregeln, der Handelsminister suchte im Interesse der Industriellen und Exporteure die Sache hin- anzuziehen. Die Angelegenheit kam dadurch zum Still- stand. Da berichtete im Frühjahr 1828 Generalleutnant v. Horn in seinem Landwehreschäftsbericht, daß die Fabrik- gegenden am Rhein ihren Anteil zum Ersatz der Armee nicht mehr liefern könnten, wobei er der nachlässigen Fabrik- arbeit der Kinder Erwähnung tat. Das veranlaßte den König, die beteiligten Minister zu weiterem Vorgehen auf- zufordern. Aber die Müßigkeit der Bureaokratie und der Widerstand des Unternehmertums hinderten trotzdem den Fortgang der Sache bis zum Jahre 1830, wo endlich ein Repräsentiv der Regierung erschien mit der Bestimmung, daß die Fabrikarbeit für Kinder vor vollendetem neuntem Le- bensjahre verboten sei, und Kinder vom neunten bis zum sechzehnten Jahre tagsüber nicht mehr als zehn Stunden, höchstens aber gar nicht beschäftigt werden dürften. Das war das spätere Resultat fünfjähriger Verhandlungen, die vielleicht noch gar nicht einmal so bald zum Abschluß ge- kommen wären, wenn nicht der Militarismus dabei seine Anspitzung geltend gemacht hätte!

Das Regulatorium vom Jahre 1830 hat dreizehn Jahre bestanden. Die Unzulänglichkeit seiner Bestimmungen — man denke, daß neunjährige Kinder schon zehn Stunden in die Fabrik gedrängt werden konnten! —, der Mangel einer genügenden Kontrolle zur Durchführung der Be- stimmungen führten zu Anfang der fünfziger Jahre zu einem weitergehenden Gesetz. Hierbei war aber schon die sozialistische Arbeiterbewegung der Revolutionszeit mit von ausschlaggebender Wirkung gewesen. Der Handelsminister von der Gend, der Dezember 1848 in die Regierung ein- trat, hatte in seiner rheinischen Heimat (Ebersfeld) über die Stimmung der damaligen Arbeiterklasse genügend Studien machen können. Er gab damals seiner Meinung Ausdruck, daß die Aufgabe, die die Entwicklung der sozialen

Verhältnisse der Staatsregierung stelle, von den Behörden nicht überall nach ihrer ganzen Bedeutung erkannt und ge- würdigt worden sei. Unter diesem Eindruck stand offenbar Minister von der Gend, als er daran ging, für weiteren Schutz der Kinderarbeit zu sorgen. Unter großen Anseh- tungen von industrieller Seite brachte er 1853 ein Gesetz durch, das die Kinder bis zum vollendeten zwölften Jahre aus der Fabrik fernhielt und für jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten vierzehnten Jahre die Beschäftigungsdauer auf sieben Stunden begrenzte. Diese Bestimmungen sind 1860 in die deutsche Gewerbeordnung übergegangen, wo sie bis zum Jahre 1890 zu finden waren.

Man sieht aus dieser kurzen Darstellung, daß es die bürgerliche Gesellschaft nicht gerade eilig gehabt hat mit dem Schutze desjenigen Volksteils, auf dessen Arbeit sie sich gründet. Und man findet wenig, herzlich wenig von Wohl- wollen und Menschlichkeit, ja nicht einmal von Klugheit und Voraussicht dabei. Marx hat schon recht: „Das Kapital ist rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.“ Wobei sich dann weiter ergibt, daß diese Rücksicht sich nur dann über das Maß des unbedingt Not- wendigen erstreckt, wenn in dieser Gesellschaft eine Arbeiter- klasse vorhanden ist, die durch die Macht ihrer Organisation, durch die Geschlossenheit des Willens und durch ihre Dis- ziplin im Innern und nach außen in der Lage ist, der Ge- sellschaft Weg und Ziel zu weisen.

### Stimmen zum Verbandstage.

Bei dem Tagesordnungspunkt: „Das Rekrutierungs- gebiet des Deutschen Holzarbeiterverbandes“ wird auf dem diesjährigen Verbandstag voraussichtlich das in München Verkündete nachgeholt werden. Hat doch in seiner Schluss- rede auch der Verbandsvorsitzende Leispart behauptet, daß dieses Gebiet so gut wie gar nicht berührt wurde.

Neben der zu entfallenden Werbearbeit im Rekru- tierungsgebiet des Verbandes dürfte auch einmal die Be- handlung der Lehrlinge einer eingehenden Würdigung wert sein. Das „Rekrutierungsgebiet“! Das Wort ist doppeldeutig, ja man könnte drei Gruppen von Rekruten unterscheiden, um deren Gewinnung und Erziehung als Mitglieder und Mitarbeiter für die Erreichung unserer Ziele wir uns bemühen müssen. Eine Gruppe bilden die Kollegen, die schon seit längerer oder kürzerer Zeit in unse- ren Reihen sind, aber die Ideale des Gesamtverbandes nicht recht verstehen, weil sie sich erst graue Haare wachsen ließen, ehe sie sich dem Verband anschlossen. Die zweite Gruppe stellt die Schaar der Indifferenten dar. Diese unter- scheiden sich von den ersteren nur dadurch, daß sie den Wert des Holzarbeiterverbandes überhaupt noch nicht erkannt haben und deshalb abseits stehen. Auf diese Gruppe war und ist das Hauptaugenmerk unserer Agitation gerichtet. Für die Gewinnung neuer Mitglieder wird oft in bewun- dernswerter Ausdauer von den Zahlstellenverwaltungen gearbeitet, wenn auch nicht jeder Werbegang von Erfolg gekrönt ist. Ja meine damit besonders die Hausagitation, unfruchtbar die beste Agitationsweise neben der Werkstatt- agitation.

Die dritte Gruppe sind die Lehrlinge. Zwar sind sie noch nicht als Rekruten des Verbandes zu nennen, weil sie unter der Herrschaft ihres Meisters stehen und zum anderen auch als Mitglieder des Verbandes noch nicht aufgenommen werden. Und doch sind es gerade diese, die bis vor kurzem an Aufklärung vernachlässigt wurden. Zum erstenmal hat man auf dem letzten Verbandstage klare Stellung genom- men zu der Organisation der Jugendlichen und Lehrlinge, um sie nach beendeter Lehrzeit schon als aufgeklärte und brauchbare Mitarbeiter dem Verbande zuzuführen. Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Behandlung der Lehrlinge. In der Resolution des Kollegen Schreck-Diefeld auf dem Verbandstage zu München wird allen Verbandskollegen die Pflicht auferlegt, bei der Arbeit, in den Werkstätten und Fabriken den jugendlichen Arbeitern, sowie insbesondere den Lehrlingen stets rätend und helfend zur Seite zu stehen, um das Gefühl der Kollegialität und den Geist der Sol- dardität bei den Jugendlichen und Lehrlingen, als den zu- künftigen Mitkämpfern für die Interessenvertretung der Holzarbeiter, schon frühzeitig zu wecken. Dieser Hinweis würde genügen, um die Behandlung der Lehrlinge, die leider oft eine sehr unwürdige ist, bessern zu lassen. Aber diese schönen Worte werden vergessen, ihre Wirkung kann nur gestärkt werden, wenn ein steter Hinweis in der „Holzarbeiter-Zeitung“ von Zeit zu Zeit im Feldzug für die Agitation bezügliche Erinnerungen bringt. Die Kon- ferenz des Bundes Düsseldorf nahm einen Antrag an: „In der „Holzarbeiter-Zeitung“ sollen nach Ermessen Artikel erscheinen, welche die Gesellen auf den Umgang mit Lehrlingen hinwirken.“ Ich gebe zu, daß in vielen Werkstätten im Sinne der Resolution des Kollegen Schreck gewirkt wird. Der kollegiale Umgang mit den Lehrlingen ist das Samen- korn, ja, die Grundlage für die erfolgreiche Aufklärung über das Wesen und die Ziele unserer Organisation, und dort, wo in diesem Sinne gearbeitet wird, werden gute Mitarbeiter für den Verband herangezogen. Auch in die Reihen unserer Mitglieder selbst muß mehr Kollegialität und Söldardität einziehen, dann wird die Arbeit, das Re- krutierungsgebiet des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu verkleinern, um so schneller vor sich gehen.

Hans Oien-Herne.

In wenigen Wochen tritt wieder der Verbandstag zu- sammen, um Verbesserungen im Interesse der Kollegen zu schaffen, wenn auch von einem weiteren Ausbau von Unterstellungen nicht die Rede sein kann, da ja jede Unter- stellung auch eine Beitragserhöhung mit sich bringt und die wohl unter den jetzigen Feuerungsverhältnissen schwer durchführbar wäre, obwohl der Hauptvorstand bemüht ist, den Zahlstellen von ihrem Totalbeitrag etwas abzuschöpfen. Trotz alledem will auch ich wieder meinen Antrag be- gründen, den ich bereits zum viertenmal stelle. Nämlich, Mitglieder, die 20 Jahre ihre Beiträge voll entrichtet und das 50. Lebensjahr überschritten haben, die Beiträge zu er-

lassen, ihnen aber die vollen Rechte weiter zu gewähren. Es sind nur wenige, die da in Betracht kämen, und es kann ja nur eigentlich die Gründer der verschiedenen Zahlstellen betreffen, wenn sie wirklich noch leben. Denn wenn heute ein Kollege mit 17 oder 18 Jahren in den Verband geht, so hat er bei Vollendung des 50. Lebensjahres 32 Jahre seine Bei- träge entrichtet, und da wäre es doch Sache einer Arbeiter- organisation, die vom Staate mit 65 Jahren Altersgrenze verlangt, daß sie zuerst ihren alten Mitgliedern mit gutem Beispiel vorangeht und ihnen Erleichterung verschafft. Ich verstehe die alten Mitglieder nicht, daß sie nicht mehr Interesse diesem Antrage entgegengebracht haben. Auch wäre es Sache der jüngeren Kollegen, diesen Antrag zu unterstützen, denn auch sie können in die Lage kommen, alt zu werden, und auch ihnen läme dann die Erleichterung zugute. Es haben schon viele Zahlstellen zu diesem Antrage Stellung genommen, aber verschiedene Altersgrenzen in Betracht gezogen; das 50., 55. und 60. Jahr. Ich habe mich schon gemündert, daß sie nicht das 70. Jahr in Betracht ge- zogen haben. Ich möchte nur den Kollegen raten, recht sorg- fältig unsere Sterbetafel zu verfolgen, dann werden sie zu einer anderen Ueberzeugung kommen. Darum möchte ich doch unsere Kollegen ersuchen, sich mehr für diesen Antrag zu erwärmen und energisch beim Verbandstage dafür ein- zutreten, daß nun einmal für die alten Kollegen etwas getan wird. Sollte wirklich eine Mehrausgabe im Jahre entstehen, so möchte jeder junge und rüstige Kollege sich sagen, ich will gern etwas mehr geben, denn auch ich kann in die Lage kommen, von dieser Wohlthat Gebrauch zu machen. Auch möchte ich eine andere Sparmaßregel in unserem Verbands empfehlen, von der viel alten Kollegen die Beiträge erlassen werden können. Nach meiner An- sicht, wo unsere Organisation so ausgebaut ist, brauchen wir nicht alle zwei Jahre einen Verbandstag, da genügt er mit 3 oder 4 Jahren, denn sehr viel Neues kann nicht mehr geschaffen werden, und das dafür verausgabte Geld ließe sich nützlicher verwenden. W. W. I. D. e., Schweidnitz.

### Soziales.

#### Die Wirkung des Schnapsbottcks.

Der Branntweinverbrauch ist in dem mit dem 1. Oktober beginnenden Steuerjahr 1910/11 auf 8 876 238 Hektoliter zurückgegangen. Im Jahre 1909/10 hatte er 8 665 887 Hektoliter betragen. Auf den Kopf der Bevölke- rung berechnet, bedeutet das einen Rückgang von 8,7 auf 8,2 Liter. Dieser Rückgang kommt jedoch allein auf das Konto des zu gewerblichen Zwecken verwendeten Alkohols, dessen Menge von 1 882 880 Hektoliter auf 1 407 041 Hektol- iter zurückging, während der Verbrauch an Trinkbrannt- wein im Vergleich mit dem Vorjahr von 1 783 027 Hektol- iter oder 2,8 Liter auf den Kopf der Bevölkerung, auf 1 909 197 Hektoliter bzw. 3,0 Liter stieg. Diese Steige- rung des Konsums an Trinkbranntwein läßt bei oberfläch- licher Betrachtung vermuten, daß die Wirkung des Schnapsbottcks im letzten Jahre nachgelassen habe. Man muß jedoch, um die Zahlen richtig zu werten, in Betracht ziehen, daß der bedeutende Konsumrückgang im Jahre 1909/10 zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß angesichts der drohenden Steuererhöhung größere Mengen Alkohol eingelagert worden waren. Außer dem im Jahre 1909/10 verteuerten Alkohol, über welchen die Reichsstatistik Aus- kunft gibt, ist in diesem Jahre offenbar eine erhebliche Menge Branntwein genossen worden, der schon in dem vor- aufgegangenen Steuerjahr in den Verkehr gebracht wurde. Aus der nachstehenden Uebersicht über den Alkoholverbrauch ist das Anschwellen der Ziffern in dem Jahre 1908/09 deutlich zu ersehen.

Alkohol wurde in den Verkehr gebracht:

| Steuer- jahr | Trinkbranntwein |                  |            |                            | Zu gewerb- lichen Zwecken  |                            |
|--------------|-----------------|------------------|------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|
|              | Inlän- dlischer | Auslän- dlischer | Zu- sammen | Pro Kopf der Be- völkerung | Pro Kopf der Be- völkerung | Pro Kopf der Be- völkerung |
| 1904/05      | 2202679         | 26247            | 2228926    | 8,7                        | 1398480                    | 2,8                        |
| 1905/06      | 2282484         | 27128            | 2289612    | 8,9                        | 1477354                    | 2,4                        |
| 1906/07      | 2427927         | 29478            | 2457405    | 4,0                        | 1886481                    | 2,2                        |
| 1907/08      | 2800415         | 29208            | 2809623    | 8,8                        | 1592272                    | 2,6                        |
| 1908/09      | 2502388         | 58284            | 2660672    | 4,2                        | 1480047                    | 2,3                        |
| 1909/10      | 1769222         | 18805            | 1788027    | 2,8                        | 1892860                    | 2,9                        |
| 1910/11      | 1940087         | 10280            | 1969167    | 8,0                        | 1407041                    | 2,2                        |

Um die Wirkung des Schnapsbottcks richtig zu er- messen, muß man das letzte Jahr mit dem Jahre 1907/08 vergleichen. Dabei ergibt sich, daß der durchschnittliche Jahresverbrauch an Alkohol in Gestalt von Trinkbrannt- wein von 8,8 Liter auf den Kopf der Bevölkerung auf 8,0 Liter zurückgegangen ist. Schon in den vorausgegan- genen Jahren war ein Rückgang des Schnapskonsums zu konstatieren, der allerdings Schwankungen unterworfen war. Im Jahre 1901/02 hatte der durchschnittliche Jahres- verbrauch noch 4,9 Liter betragen. In den beiden folgen- den Jahren war er auf je 4,0 Liter zurückgegangen. Das Jahr 1904/05 brachte mit 8,7 Liter einen vorläufigen Tief- stand. Dann steigt der Verbrauch wieder auf 8,9 und 4,0 Liter, um im Jahre 1907/08 auf 8,8 Liter zurückzu- gehen. Diese Schwankungen sind alle nicht sehr bedeutend. Die starke Zunahme im Jahre 1908/09 war nicht normal, sie war, wie bereits erwähnt, auf die starke Vorverforgung angesichts der drohenden Steuererhöhung zurückzuführen. Und diese Vorverforgung mußte notwendig einen erheb- lichen Kinderkonsum im folgenden Jahre bringen, der allerdings durch den inzwischen in Kraft getretenen Branntweinbottck kräftig gefördert wurde.

Zieht man die verhältnismäßig geringen Schwankun- gen im Verbrauch von Trinkbranntwein in den früheren Jahren in Betracht und vergleicht damit den Ab sprung

von 3,5 Liter auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1007/08 auf 3,0 Liter im Jahre 1910/11, so hat man hier den zahlenmäßigen Erfolg des Schnapsbottels. Der Schnapsgegenuß ist um mehr als ein Fünftel zurückgegangen. Mit diesem Erfolg können wir, als mit einem Anfang, wohl zufrieden sein. Aber es ist nur ein Anfang! Der Kampf gegen den Branntweingenuß muß noch weit energischer als seither betrieben werden. Der Schnapsverbrauch in Deutschland ist immer noch erschreckend hoch. Messige Summen werden noch dem Schnapsbeutel zum Opfer gebracht, die für andere Zwecke eine viel bessere Verwendung finden könnten. Die Bekämpfung der Schnapspest ist eine Forderung der Kultur. Dort, wo die Arbeiterschaft am rückständigsten ist, wo für geringen Lohn in unheimlich langer Arbeitszeit gekonnt werden muß, wo die Bevölkerung an Mahrung, Kleidung, Behausung usw. die niedrigsten Ansprüche stellt, dort wird auch dem Schnapsgegenuß am intensivsten gekämpft.

Den Zielen der Arbeiterbewegung bringt man in diesen zurückgebliebenen Gegenden nur sehr geringes Verständnis entgegen, aber besinnungslos bemühen wir uns, in diesen dumpf dahinlebenden Massen das Massengefühl zu wecken und ihre Begehrlichkeit in die richtigen Bahnen zu leiten. Erkennen diese Arbeiter erst das menschenunwürdige ihrer Lage, dann lernen sie auch begreifen, daß der Schnaps, den sie bisher als Tröster angesehen hatten, der sie das Elend, in dem sie leben, vergraben machte, ihr grimmigster Feind ist. Die Verdrängung des Schnapsgegenußes fördert den Aufstieg der Arbeiterklasse, wie umgekehrt die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in ihnen das Verlangen nach höheren Genüssen regt und so wiederum zur Verdrängung des Branntweins beiträgt. Diese Tendenz wollen wir nach Kräften fördern.

Der organisierte Arbeiter, der Schnaps trinkt, verständig sich dadurch an der Idee, der er dient, denn er macht dadurch eine Konzession an die Unkultur, aus welcher ihn die Organisation emporgehoben hat. Wer die Bedeutung der Arbeiterorganisation erkannt hat, weiß, daß zur vollen Bewirklichung ihrer Ziele die Gewinnung aller notwendigen ist. Deshalb unsere unablässige Agitation. Eines der wirksamsten Hilfsmittel der Agitation aber ist das Beispiel. Darum müssen sich vor allem die Mitglieder der Organisation des Schnapsgegenußes enthalten. Mit der Agitation für die Werbung von Mitgliedern aber wollen wir den Kampf gegen den Schnapsbeutel verbinden. Immer und immer wieder muß es den Arbeitern gesagt werden: Das Wohlbefinden des einzelnen wie das Interesse der Gesamtheit erfordert die Enthaltensamkeit vom Schnapsgegenuß!

Der Untergang des Dampfers „Titanic“ hat in der ganzen Kulturwelt Aufregung und Teilnahme hervorgeufen. Das neuerbaute Schiff, der größte Passagierdampfer der Welt, befand sich auf seiner ersten Reise von Southampton nach New York, als es in der Nacht auf den 14. April mit einem Eisberg zusammenstieß und nach wenigen Stunden sank. Hierbei kamen 1685 Personen ums Leben; nur 705 konnten gerettet werden. Gegen die englische White Star Line, welcher das verunglückte Schiff gehörte, werden die schwersten Vorwürfe erhoben. Sie hatte das Schiff mit dem größten Komfort ausgestattet, aber die Sicherheitsvorkehrungen vernachlässigt. Es hätten viel mehr Personen gerettet werden können, wenn hinreichend Rettungsboote vorhanden gewesen wären. Insbesondere dem Direktor der Gesellschaft, Bruce Ismay, der sich auf dem Schiff befand und der sich beim Eintritt der Katastrophe sofort in einem Rettungsboot in Sicherheit brachte, obwohl nach den bestehenden Vorschriften in solchen Fällen in erster Linie für die Frauen und Kinder gesorgt werden muß, wird nachgefragt, daß er, um den Schnelllebensretford zu brechen, veranlaßt habe, daß die nötige Vorrichtung außer acht gelassen wurde. Es sei eine kürzere Route gewählt worden, welche durch Meeresstöße führt, in welchen die Gefahr, mit einem Eisberg zusammenzustößen, besonders groß ist, und trotz der erfolgten Warnungen habe das Schiff seine Schnelligkeit nicht herabgemindert.

Als eine segensreiche Einrichtung hat sich bei dem Unglück die drahtlose Telegraphie erwiesen, durch welche es dem verunglückten Schiff möglich war, Hilfe herbeizurufen. Leider waren aber die nächsten Schiffe so weit entfernt, daß sie erst ankamen, als die „Titanic“ bereits gesunken war. Die „Carpathia“, welche als erste auf der Unglücksstelle erschien, mußte sich darauf beschränken, die Überlebenden aus den Rettungsbooten aufzunehmen, die am 19. April in New York gelandet wurden.

Das grauenhafte Schiffunglück hat zur Folge gehabt, daß sich die Aufmerksamkeit in verstärktem Maße auf die Rettungsmittel bei Seenot richtete. Hierbei stellte sich heraus, daß es allgemein üblich ist, Rettungsboote in weit geringerer Zahl mitzuführen, als zur Bergung aller auf dem Schiffe befindlichen Personen erforderlich ist. Nun, nachdem das Unglück geschehen ist, sollen gründliche Untersuchungen vorgenommen werden. Es verlaute, daß in kürzester Frist internationale Vereinbarungen getroffen werden sollen, um die den Passagieren und der Schiffbesatzung drohenden Gefahren herabzumindern. Hoffentlich erlaset dieser wohlthätige Eifer nicht zu früh. Es wird aber nicht genügen, Vorschriften zu vereinbaren; es muß auch dafür gesorgt werden, daß deren Innehaltung auf das strengste überwacht wird. Nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht hat, ist das nämlich durchaus nicht selbstverständlich.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Mai beträgt in Bamberg 80 Pf., in Bieren 70 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung Nummer 17 der 17. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Wir erinnern daran, daß alle Vorträge zum Verbandstag bis zum 28. April an uns einzusenden sind. Jeder einzelne Vortrag ist für sich auf einem besonderen Blatt Papier einzuschicken. Nach § 130 des Statuts müssen alle Vorträge für den Verbandstag in der Mitgliedsversammlung der Zahlstelle vorbereiten werden und sind alsdann durch die Lokalverwaltung acht Wochen vor dem Verbandstag an den Vorstand einzuschicken, welcher sie sechs Wochen vor Eröffnung des Verbandstages in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen hat. Vorträge von Zahlstellenmitgliedern, welche der Mitgliedsversammlung vorgelesen werden, werden nicht zugelassen. Von der Zahlstellenversammlung abgelehnte Vorträge können zugelassen werden, wenn nach der Ablehnung mindestens ein Viertel der Zahlstellenmitglieder sie durch Unterschrift unterstützt.

Die Wahlprotokolle mit dem Ergebnis der Delegiertenwahlen zum Verbandstag müssen nach § 14 des Wahreglements spätestens am Abend des 27. April an den Vorstand eingekandt werden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 272228 Richard Prähler, Tischl., geb. 20. 0. 85 zu Hermsdorf.
- 488877 Emil Schumann, Schnapsm., geb. 10. 5. 59 zu Vollmershain.
- 506116 Richard Seibert, Tischl., geb. 30. 7. 73 zu Alt-Marbe.
- 508285 Alfred Taubert, Flavierarbeiter, geb. 3. 11. 01 zu Nauwalda.
- 525546 Paul Jahnke, Tischler, geb. 10. 10. 02 zu Anklam.
- 542116 Georg Schneider, Tischl., geb. 6. 5. 86 zu Eschollbrüd.
- 558036 Adolf Thiel, Stellm., geb. 27. 2. 87 zu Wilhelmshaven.
- 587100 Emil Deiber, Tischler, geb. 15. 3. 76 zu Oberhaslach.
- 590372 Karl Wortmann, Tischl., geb. 14. 8. 76 zu Langenscheid.
- 591622 Paul Lange, Tischler, geb. 1. 8. 03 zu Dörfchenburg.
- 594001 Jakob Christ, Maschinenarbeiter, geb. 1. 0. 84 zu Seppenheim.
- 605909 Johann Schwentke, Tischler, geb. 15. 2. 00 zu Lechhausen.

Berlin G. 2, Neue Friedrichstr. 2.  
Der Vorstand.

**Korrespondenzen.**

Altenberg in Sachsen. Bei der feierlichen Laudation, Lauensteiner Holzvollwerke, herrscht bezüglich Behandlung und Bezahlung noch ganz eigenartige Zustände. Einem Kollegen behielt Herr Günther 15 Mk. Lohn ein unter der Angabe, der betreffende Kollege habe nicht gekündigt, was jedoch nicht zutrifft. Ein anderer Kollege muß wegen 44 Pf. Lohn erstlagbar werden. Die Abortverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Der Abort befindet sich an Waldbesamende, ihn bei Tage zu erreichen ist schwierig, bei Nacht aber lebensgefährlich. Herr Günther hat für seine Arbeiter allerhand Spesenamen, wie „erzatholischer Hund“, „freches Schwein“ usw. Es steht diesem Herrn gar nicht an, alten verheirateten Leuten einen „Aufseher“ an den Kopf zu werfen. Bei der Firma Fritsch Rodel ist es nicht viel besser. Hier ist nur ein Abort vorhanden. Dieser befindet sich im Maschinenraum und geht ein Kleines hindurch. Fenster sind darin nicht. Manchmal ist ein hoher Stapel Holz zu überklettern, um dorthin zu gelangen. In der Abriechhobelmaschine ist noch die Vierkantwelle vorhanden. Staubabjaugung fehlt. Die Firma liefert die Drechslerwaren zu Spottpreisen und ist den hiesigen Unternehmern wegen ihrer Schmuckkonkurrenz sehr verhaßt. Bei der ersten Firma beträgt der höchste Stundenlohn 24 Pf. Die Arbeiter machen manchmal gleich eine Arbeitsschicht von ununterbrochen 36 Stunden. Auch wird den dort Beschäftigten nach jeder Woche 50 Pf. Spargeld abgezogen. Aber, statt daß sich die Arbeiter ihrer Klassenlage bewußt werden und der Organisation anschließen, huldigen viele den Hurra- und Alimbimereien. Erfreulicherweise weist unsere Mitgliederzahl in letzter Zeit einen wesentlichen Fortschritt auf. Trotzdem gilt es noch, viele für uns zu gewinnen.

Berlin (Möbelpolierer). In der letzten, sehr zahlreich besuchten Versammlung fand eine lebhafte Debatte über den paritätischen Arbeitsnachweis statt. Diefelbe drehte sich hauptsächlich um die Vermittlung am Nachmittag. Von den entfernt wohnenden Kollegen wird es als Mißstand empfunden, daß sie sich vormittags und nachmittags auf dem Arbeitsnachweis einfinden müssen, wodurch sie genötigt sind, den Weg zweimal täglich zurückzulegen. Andererseits wurde es jedoch als Vorteil bezeichnet, wenn auch nachmittags Arbeit vermittelt würde. Es wurde schließlich mit großer Mehrheit beschlossen, die Ortsverwaltung zu ersuchen, beim Kuratorium des Arbeitsnachweises dahin zu wirken, daß die Arbeitsvermittlung für die Möbelpolierer auf drei aufeinanderfolgende Vormittagsstunden verlegt wird. Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Maifeyer wie seither durch Arbeitsruhe zu begehen.

Leer (Ostf.). Die meisten unserer Kollegen sind leider der Ansicht, mit dem Beitragzahlen ihre Pflicht dem Verbands gegenüber erfüllt zu haben; Versammlungen zu besuchen, halten sie für überflüssig. Glauben aber denn wirklich die Kollegen im Bauhandwerk, daß bei der nächstjährigen Vertragsverneuerung etwas herauszuholen ist, wenn die Laune so weiter geht? Es gilt doch, dann eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen, oder haben die Kollegen noch länger Lust, 60 Stunden die Woche zu arbeiten, wo andere schon die 56 1/2 stündige Arbeitszeit haben. Wohin das Sichergehalten vom Verbands führt, sieht man jetzt wieder bei dem Unternehmer in Heißfeld. Selbiger hielt es nicht für nötig, den tariflichen Aufschlag von 3 Pf. die Stunde ab 1. April zu zahlen. In einer Möbelwerkstatt hat der Unternehmer aus Gnade und Barmherzigkeit 2 Pf. mehr gegeben; den Kollegen dort hatte der Meistgehalt eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzunehmen. Während in der Möbelfabrik von S. Schulte der Mindestlohn von 40 bis 47 Pf. steigt, ar-

beiten die Kollegen jenes anderen Betriebes noch für den Höchstlohn von 40 Pf. Sollen da andere Verhältnisse eintreten, dann ist es notwendig, die Versammlungen zu besuchen. Kollegen, erscheint darum alle am 2. Mai, abends 1/2 Uhr in der Versammlung. Feiner darf fehlen.

Schaubau. Abgesehen von den Sägewerkarbeitern, welche meist leider die Furcht vor dem Arbeitgeber abhält, die Versammlungen zu besuchen, herrscht auch unter den anderen Kollegen eine Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit, welche unserer ganzen Sache nur hinderlich sein kann. Möge doch jeder Kollege bedenken, daß, wenn er als Klassenbewußter Arbeiter gelten will, er nicht nur die Pflicht hat, seine Beiträge zu zahlen, sondern auch die Pflicht, in seinem eigenen Interesse und in dem der Allgemeinheit, die Versammlungen der Organisation zu besuchen, um hier seine Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen. Was müssen die besten Vorträge, wenn sie vor leeren Stühlen gehalten werden. Darum, Kollegen, streift eure Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit ab, streift auch die lächerliche Furcht vor dem Arbeitgeber ab und als Männer, die ihr doch wohl alle sein wollt, laßt Euch, wenn ihr den ganzen Tag unter der Fuchel des Arbeitgebers steht, nicht noch über eure freie Zeit Vorschriften machen. Der Einzelne sollte sein Interesse nicht auf den Doppelpoker oder die Krone beschränken oder gar hinter dem Ofen hocken bleiben. Unsere Zeit braucht ganze Männer. Ein jeder muß mitwirken in dem großen Kampfe, den die gesamte Arbeiterschaft täglich und stündlich zu kämpfen hat, dann werden auch in unserer Gegend bessere Zustände Platz greifen.

Schwerin. (Musikinstrumentenarbeiter.) Unsere letzte Sektionsversammlung nahm Stellung zu der geplanten Konferenz. Die Kollegen waren einmütig der Meinung, daß seit der letzten Konferenz, die vor sechs Jahren stattfand, sich die Verhältnisse derart verändert haben, daß es wirklich an der Zeit ist, eine Konferenz abzuhalten. Und zwar sprachen sich alle Kollegen für eine Zentralkonferenz aus. Es müßte aber vor allen Dingen in den Betrieben eine Vorkonferenz abgehalten werden, um sämtliche Arbeiter für den Holzarbeiterverband zu gewinnen. Denn nur dann kann etwas erzielt werden, wenn sich alle Kollegen bewußt sind, in welcher schwieriger Lage sie sich befinden.

**Unsere Lohnbewegung.**

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 1. Mai d. J. nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein:

(In einigen Fällen gilt nicht der 1. Mai, sondern das besonders bemerkte Datum für das Inkrafttreten der Verbesserungen.)

Erklärungen zu den Abkürzungen: Ja. = Firma. Arbzt. = wöchentliche Arbeitszeit. Lohn. = Aufschlag auf die bisher bezahlten Stundenlöhne. Mindestl. = Mindeststundenlöhne. Durchschnittl. = DurchschnittsStundenlöhne. Normall. = Normalstundenlöhne. Affordt. = Affordiarise.

Möding (Schreiner): Lohnerb. 2 Pf. Mindestl. für Gehilfen im vierten Gesellenjahre von 38 auf 30 Pf., für Gehilfen vom 23. Lebensjahre ab von 41 auf 42 Pf.

Barmen: Lohnerb. 1 Pf. Durchschnittl. von 53 auf 54 Pf. Affordt. sinngemäß.

Coswig (Ja. Behend): Arbzt. von 56 auf 55 Std. Stundenl. und Affordpreise 3 Proz. erhöht. Mindestl. von 40 auf 42 Pf. Für Bretter abtragen statt 50 Pf. forian 52 Pf., für Heberstunden 10 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit 25 Pf. Aufschlag pro Stunde.

Dippoldiswalde (Ja. Ueberall): Normall. von 41 auf 43 Pf.

Düsseldorf (Stellmacher): Lohnerb. 1 Pf.

Durlach (Ja. May u. Sohn): Lohnerb. 1 Pf.

Elberfeld: Durchschnittl. von 55 auf 56 Pf., für Maschinenarbeiter von 57 auf 58 Pf.

Erlangen (Ja. Dachauer u. Goldstädter, Spiegelfabrik): Arbeiter und Arbeiterinnen Lohnerb. 1 Pf., Polierer u. Singlaser 2 Proz.

Fensterlaß: Lohnerb. 1 Pf.

Finsterwalde (Ja. Hubert u. Ulrich): Lohnerb. 1 Pf.

Frankenberg i. Sa. (Ja. Silfcher, Bürtensfabrik): Arbzt. von 56 auf 55 Std. Mindestl. für über 20 Jahre alte Arbeiter von 36 auf 37 Pf., für Arbeiter unter 20 Jahren von 33 auf 34 Pf.

(Ja. Göhler, Weichschuhenfabrik): Ab 15. Mai Lohnerb. 2 Pf.

Gassen (Mühlbauanstalt): Lohnerb. 1 Pf.

Gannover: Arbzt. von 54 auf 53 Std. Lohnerb. 2 Pf. Durchschnittl. von 55 auf 57 Pf. Affordt. sinngemäße Erhöhung.

Jöhstadt (Ja. F. A. Anger und M. Anger): Arbzt. von 60 auf 59 Std. Lohnerb. 1-2 Pf. Affordt. 3 Proz.

Kempten: Lohnerb. 1 Pf. Mindestl. für Gehilfen im 2. Gesellenjahre von 36 auf 37 Pf., für Gehilfen im 3. Gesellenjahre von 41 auf 42 Pf.

Lahr: Lohnerb. 1 Pf.

Lübben (Tischler): Lohnerb. 2 1/2 Pf.

Mühlbör a. Z. (Ja. Geiger, Möbelfabrik): Lohnerb. 2 Pf.

München (Vergolder): Lohnerb. 2 Pf.

(Ja. Barth, Vergolderwarenfabrik): Lohnerb. 2 Pf. Mindestl. von 53 auf 55 Pf.

(Wagen- u. Karosseriefabriken): Lohnerb. 2 Pf.

(Wurstenmacher): Stundenl. u. Affordt. 2 Proz.

Mürnberg (Mürnberg-Fürther Bürsten- und Pinselindustrie): Lohnerb. 1 1/2 Proz. oder 1/10 des Lohnes.

Ohligs (Schreiner): Arbzt. von 1/2 Std. täglich auf 0 Std. mit Lohnausgleich.

Olbesloe (Wautschler): Lohnerb. 2 Pf. Mindestl. von 50 auf 52 Pf.

Pardim: Lohnerb. 2 Pf. Durchschnittl. von 38 auf 40 Pf.

Passau (Schreiner): Lohnerb. 1 Pf. Mindestl. für Gehilfen im 3. Gesellenjahre von 35 auf 36 Pf., für die Gehilfen vom 23. Lebensjahre ab von 40 auf 41 Pf.

Pirna-Copitz: Arbzt. von 55 auf 54 Std. Lohnerb. 1 Pf. Normall. für Tischler von 48 auf 40 Pf., für Maschinenarbeiter von 46 auf 47 Pf.

(Sa. Friedr. Senft): Arbzt. von 55 auf 54 Stb. Lohnerh. 1 Pf. Stundenl. der Zuschneider von 48 auf 50 Pf. Blumen (Nimem Wenzel und Schurig): Arbzt. von 55 auf 51 Stb. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. steigend auf 48 Pf. für Gehilfen unter 20 Jahren auf 42 Pf. Havensburg: Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. für Arbeiter von 20 bis 25 Jahren von 36 auf 37 Pf., für Arbeiter über 25 Jahre von 40 auf 40 Pf. Bad Meisenhall: Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 42 auf 44 Pf. (Schreineri Th. Gald, Obersurheim): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 41 auf 43 Pf. Rosenheim (Schreiner): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. für Gehilfen im 4. Gehilfenjahre von 38 auf 40 Pf., für Gehilfen vom 2. Lebensjahre ab von 41 auf 42 Pf. (Sa. O. Steinbeis u. Konforten, Wranenburg, Schreiner): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. für Gehilfen im 4. Gehilfenjahre von 38 auf 39 Pf. Solingen: Arbzt. von 55 auf 54 Stb. Lohnerh. 2 Pf. Arbzt. entsprechend. Stuttgart (Wauschreiner): Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 47 auf 48 Pf. (Wanuschläger): Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 60—62 Pf. auf 61—63 Pf. Tauscha: Arbzt. von 58 auf 57 Stb. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 48 auf 46 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahren von 38 auf 41 Pf. Tilsit: Lohnerh. 1 Pf. Arbzt. 1 Proz. Ufm: Arbzt. von 50 auf 55 Stb. Lohnerh. 2 Pf. Wald: Arbzt. von 55 auf 54 Stb. Lohnerh. 2 Pf. Arbzt. entsprechend. Wolfenstein (Sa. Süß, Möbelfabrik): Arbzt. am 15. Mai von 59 auf 58 Stb. Lohnerh. 3 Pf. Mindestl. von 38 auf 40 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahren von 33 auf 35 Pf.

Die Tarifbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist in den letzten Tagen nach langwierigen Verhandlungen soweit vorgeschritten, daß an einen friedlichen Abschluß gedacht werden darf, wenn ein solcher auch noch keineswegs unbedingt feststeht. Am 13. April waren in Dortmund sämtliche Ortsparteien versammelt, aber es wurde auch zwischen diesen keine Verständigung erzielt, da die Unternehmer eine Arbeitszeitverkürzung unter 54 Stunden nach wie vor grundsätzlich ablehnten. Die Arbeitervertreter hielten ebensolche Schritte an ihrer diesbezüglichen Forderung fest, so daß die Verhandlungen als gescheitert abgebrochen wurden. Auf Veranlassung des Verhandlungsleiters, Herrn Weigeordnenen nach aus Essen, traten die Organisationsleiter zu einer nochmaligen internen Besprechung zusammen und nunmehr geben die Unternehmer ihren grundsätzlichen Widerstand in der Arbeitszeitfrage auf. Es kam eine Verständigung bezüglich der Städte Bochum, Dortmund, Essen und Hagen zustande, wonach in diesen Orten am 1. Oktober 1914 die 48stündige Arbeitszeit eingeführt wird. Die Verhandlungen über die übrigen Orte wurden am 16. April in Essen fortgesetzt, mit dem Ergebnis, daß auch dort gemäß den Forderungen der Arbeiter die Arbeitszeit verkürzt wird. Nur für Gladbeck und Hamborn wurde eine Einigung nicht erzielt, an diesen Orten sollen die örtlichen Parteien endgültig entscheiden. Bezüglich der Lohnfrage steht gegenwärtig die Sache so, daß durchgängig 5 Pf. Lohnerhöhung innerhalb der ersten beiden Vertragsjahre geboten sind, womit die Arbeiter an mehreren Orten aber nicht zufrieden sind, besonders soweit es sich hierbei um besonders rückständige Orte handelt. Die Verhandlungen werden gegenwärtig mit allem Nachdruck fortgesetzt. Hoffentlich sind wir bald in der Lage, über ein allgemein befriedigendes Resultat berichten zu können.

In Alen a. d. Elbe hatten am 16. April sämtliche Arbeiter auf der Schiffswerft von Schübe die Forderung auf 5 Pf. Lohnerhöhung und entsprechende Erhöhung von Festlegung der Einstellungslohne gestellt, sowie auf Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche während der Zeit, wo 10 Stunden täglich gearbeitet wird, und auf 5 Pf. Zuschlag für Ueberstunden und 75 Pf. Lohn bei Havariarbeiten. Der Lohn betrug bisher für vollleistungsfähige Schiffsbauer 39 Pf. und für Hilfsarbeiter 30 Pf. pro Stunde. Trotz wiederholt angebahnter Unterhandlungen von unserer Seite blieb die Firma hartnäckig dabei, mehr wie einen Pfennig Lohnerhöhung nicht zubilligen zu wollen, sowie auch für weitere Fristen jede Bindung strikte abzulehnen. Infolgedessen wurde am 22. April die Arbeit nicht wieder aufgenommen und ruht die Arbeit auf der Werft allgemein. — Desgleichen währt der Streit auf den Werften in den schon bekanntgegebenen drei weiteren Orten an der Elbe — Frohse (Firma Weise), Schönebeck (Firma Sonntag) und Westerbüsen (Firma Gerloff) — un verändert fort. Es haben zwar auch hier inzwischen im einzelnen Unterhandlungen stattgefunden, jedoch mit so unbestimmten und unannehmbaren Resultaten, daß bestimmt noch auf eine längere Dauer der Streiks auch auf diesen Arbeitsplätzen zu rechnen ist. Die Arbeitgeber versuchen es jetzt mit dem Trick, Streikbrecher zu erhalten, indem sie statt um Schiffbauer, um „Metallarbeiter und Arbeiter“ infertieren. Falle desweiger: niemand auf diese Täuschung hinein. Vor Annahme von Arbeit auf allen vier benannten Plätzen wird dringend gewarnt!

In Bielefeld sind die Tischler in den vier größten Betrieben ausgesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

In Brand haben die Arbeiter der Erzgebirgischen Holzindustrie A. G. Forderungen gestellt. Sie verlangen in der Hauptsache Arbeitszeitverkürzung um 2 Stunden wöchentlich und Lohnerhöhung speziell für die Maschinenarbeiter. Der Direktor hat diese Forderung glattweg abgelehnt, auch die von unserer Seite angebotene Verhandlung schroff zurückgewiesen. Die Kollegen haben deshalb am 20. April die Arbeit niedergelegt. Es wird gebeten, Zugang von Stuhlbaue, Polierern, Tischlern, Drechslern, Maschinenarbeitern, Bildhauern und Tapezierern streng fernzuhalten.

In Brieg hat sich im Laufe der Aussperrung nichts geändert. Die in der Ostwoche erwarteten Eingebriber sind ausgeblieben. Zu 30 Mk. Lohn, wie die Görlitzer Waggonfabrik diesen Hausrechnern zahlt, werden sich unsere Meister nicht haben verziehen mögen. Nun gilt es, den Zugang auch weiter fernzuhalten.

In Bunzlau sind die Tischler bei der Firma Martin u. Barasch wegen Verschlechterung der Akkordpreise in den Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten.

In Darmstadt geht der Streik in der Darmstädter Möbelfabrik G. m. b. H. unvermindert weiter. Trotz wiederholter Verhandlung konnte festlicher keine Einigung erzielt werden. Die Firma glaubt nun mit Hausbürgern, Laienmenschen, Lehrgern, Gärtnern sowie Halb- und Ganzinvaliden den Betrieb aufrechtzuerhalten zu können. Diesen sich in der Möbelfabrik versuchenden ungelerten Leuten zählt man teilweise 65—60 Pf. Stundenlohn, den man vor dem gelernten Leuten vorzuziehen. Die Mitgliederversammlung hat beschlossen, daß der Streik weitergeführt wird, um der Firma zu zeigen, daß abgeschlossene Tarifverträge auch gehalten werden müssen.

In Forchheim trafen die Kollegen am 20. April in den Streik. Die Meister wollten nur einen Mindestlohn von 28 Pf. und eine Arbeitszeit von 60 1/2 statt bisher 60 Stunden bieten. Wenn die Herren heute behaupten, ein höherer Lohn würde von den Ausgelernten nicht verdient, so stellen sie damit ihre eigene Fähigkeit als Lehrmeister in ein recht eigenartiges Licht, denn von den recht vielen Lehrlingen, die sie züchten, erhalten die Schreiner fast alle Note 1. Wenn sie trotzdem nicht mehr als 28 Pf. verdienen, so müssen ihre Lehrmeister doch recht unfähig gewesen sein. Nun, wir werden durch den Kampf erzwingen, was man uns vorzuziehen; doch bitten wir den Ort jetzt zu umgehen.

\*\*\*\*\*

**Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die wichtigste Vorbedingung für die intellektuelle und sittliche Hebung des Arbeiterstandes. Sie ist in einem Staate des allgemeinen Stimmrechts, in einem Staate, in dem die Arbeiter zur Selbstverwaltung herangezogen werden sollen, sogar eine politische Notwendigkeit. Wie soll der Arbeiter, der durch die Verfassung zur Entscheidung über die schwersten Fragen der Zeit berufen wird, von seinen Rechten einen angemessenen Gebrauch machen, wenn man ihm nicht die Muße gestattet, sich entsprechend zu unterrichten? Wie soll sich welcher der Arbeiter einen ausgeprägten Sinn für Familienleben, für Häuslichkeit, für eine menschenwürdige Wohnung bewahren, wenn er sie beim Morgengrauen verläßt und erst in später Nachtstunde heimkehrt? Erst die Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie durch die fortschreitenden technischen Verbesserungen ja möglich und notwendig wird, gestattet dem Arbeiter eine allmählich wachsende Anteilnahme an den Gütern der modernen Kultur, also eine Annäherung an das ideale Ziel der menschlichen Entwicklung.**

Prof. Hertner.

\*\*\*\*\*

In Flirstenberg a. O. dauert der Streik der Korbmacher noch fort. Unter den neuen Bedingungen arbeitet die Hälfte der in den Streik getretenen Kollegen. Es kommen dabei die kleineren Betriebe in Betracht. Die größeren Betriebe wollen ihren Unternehmerstandpunkt hochhalten. An den Kollegen wird es liegen, auch diesen Herren zu zeigen, daß wir unsere gerechte Forderung auch durch einen Kampf zu erringen vermögen. Die reisenden Kollegen wollen unseren Ort meiden.

In Gengenbach an der Schwarzwaldbahn haben die Sägereiarbeiter nun seit einem Jahre den Weg zur Organisation gefunden. Es war dies aber auch die höchste Zeit, denn Tagelöhne von 2,50 bis 3 Mk. bei elfstündiger Arbeitszeit waren die Regel. Die Jungorganisierten haben schon einen schönen Erfolg ihrer Tätigkeit zu verzeichnen. Am 20. April fand eine Verhandlung mit dem Arbeitgeber unter Mitwirkung der Organisationsvertreter statt. Nach den Vereinbarungen tritt nun am 1. Mai die Lohnberechnung nach Stunden und eine Erhöhung der Löhne von 10—15 Proz. sowie Zuschlag bei Ueberstunden mit 10 Pf. pro Stunde ein. Das macht für den einzelnen Kollegen immerhin einen Mehrverdienst von über 80 Mk. im Jahre aus. Halten die Kollegen weiter so zusammen und versuchen den letzten Mann in die Organisation zu bringen, dann kann bei nächstgünstiger Gelegenheit daran gedacht werden, vor allem eine Verkürzung der 12stündigen Arbeitszeit herbeizuführen. — Die Arbeiter in den übrigen badischen Sägereien mögen sich aber ein Vorbild an den Kollegen in Gengenbach nehmen, dann kann auch für diese eine Besserung der überaus schlechten Lage erreicht werden.

In Albn haben die Stodarbeiter der Stodfabrik Viehweber eine erfolgreiche Lohnbewegung abgeschlossen. Die Kollegen erzielten eine Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich drei Stunden, so daß die tägliche Arbeitszeit nun 8 1/2 Stunden beträgt. Außerdem wurde eine Erhöhung der Akkordpreise vorgenommen, die den Kollegen trotz der verkürzten Arbeitszeit ein Mehrverdienst von durchschnittlich 3 Mk. pro Woche ermöglicht. Der Stundenlohn bei vorübergehend in Lohn beschäftigten Kollegen wurde von 60 auf 70 Pf. erhöht. Wichtig ist, daß die Vereinbarungen mit dem Verband tariflich festgelegt wurden, hierzu bedurfte es jedoch erst eines 1/2tägigen Streiks. Bei der Bewegung kommen 36 Kollegen in Betracht.

In Peine hatte die Produkthandlung Sonnenberg im Februar ihren 13. Wortsatzurichtern Akkordabzüge angeboten und die Kollegen in den Abwehrstreik treten lassen, ohne auch nur den Versuch zu einer Einigung zu unternehmen. Nachdem sich nun in den sechs Wochen des Ausstandes kein einziger Streikbrecher gefunden hat, erklärte sich die Firma jetzt bereit, die Akkordabzüge zurückzunehmen und sämtliche noch ortsanwesende Kollegen wieder einzustellen! Freuen muß man sich über die Kollegen, daß sie solange standgehalten haben, weil nur einige organisiert und auch die noch nicht einmal unterstützungsberechtigt waren. Wäre es nicht so gekommen, hätten die Kollegen wohl noch lange nicht an die Organisation gedacht. Was uns nicht gelang, das brachte so der Unternehmer fertig;

die Kollegen sind jetzt alle organisiert und wir hoffen, daß sie dauernd in unseren Reihen mitkämpfen werden für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen.

In Stabe hat die Arbeitgeberversammlung dem neuen Vertragsentwurf zugestimmt und konnte deshalb die Arbeit am 16. April wieder aufgenommen werden. Der Streik hat somit nur genau zwei Wochen gedauert.

In Herdingen haben die Schreiner und Stellmacher der Waggonfabrik den Tarifvertrag zum 1. Mai gekündigt. Da nur infolge der Preiserhöhungen der Lebensmittel und sonstiger Gebrauchsartikel die Löhne unter das Existenzminimum gesunken und dementsprechend auch die Forderungen gestellt sind, so ist die Haltung der Betriebsleitung noch ungewiß. Jedenfalls ist es zweckmäßig, bis zur endgültigen Regelung der Tariffrage den Ort zu meiden.

In Wals und Ohlig sind den Stodfabrikanten Forderungen zugestimmt worden. Die Arbeitszeit soll von 9 1/2 auf 9 Stunden pro Tag verkürzt und der Lohn um 10 Proz. erhöht werden. Nachdem die Fabrikanten eine unbefriedigende Antwort gaben, reichten die Kollegen die Kündigung ein, welche am 27. April abläuft. Mittlerweile leiteten die Fabrikanten Verhandlungen ein, welche aber ergebnislos verliefen. In Ohlig haben einige Firmen die Forderungen anerkannt. Zugang von Stodarbeitern aller Branchen ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Lohnbewegung der Holzarbeiter in Oesterreich.

Die Lohnbewegung unter den Holzarbeitern hat in diesem Jahre schon zeitig begonnen. Es mag das wohl mit dem günstigeren Geschäftsgang in Zusammenhang gebracht werden. In einer Reihe von Orten wurden bereits Forderungen überreicht und auch schon mit den Unternehmern Verträge abgeschlossen. In den größeren Orten, wo Verträge in diesem Jahre ablaufen, wurden diese bereits gekündigt und in einzelnen Orten auch bereits die Vorschläge zur Erneuerung der Verträge eingereicht. Unter diesen Orten befinden sich unter anderem auch Linz, Innsbruck, Graz, Krakau, Jägerndorf, Biely und Groltau. Alles Orte, die sonst von reisenden Kollegen stark frequentiert werden. Um den in der Bewegung stehenden Kollegen die Situation nicht zu erschweren, wird es gut sein, wenn unsere reisenden Kollegen diese Orte meiden.

In Brixen dauert der Kampf mit der Waggonfabrik Schilleren nun schon fünf Wochen. Die Beteiligten rund 600 Arbeiter sehen heute noch so geschlossen da, wie am Anfang des Streikes. Leider hat die Direktion einige, wenn auch wenige Streikbrecher aus Deutschland herangeschafft, die mit Familie übersiedelten und nun hier für 45—50 Centimes (38—40 Pf.) die Stunde arbeiten. Wenn aber weiterer Zugang unterbleibt, wird die Direktion trotzdem nachgeben müssen.

**Aus der Holzindustrie.**

Die Zahlstelle Berlin im Jahre 1911.

Der Verwaltungsbericht der Zahlstelle Berlin konstatiert einleitend, daß sich die Berliner Holzindustrie, im Gegensatz zu vielen anderen Gewerben, zu Beginn des Jahres 1911 im Zeichen tiefster Krise befand. Erst in den Sommermonaten trat wieder eine Besserung ein, die bis zum Oktober anhielt, um dann einer erneuten rückläufigen Bewegung Platz zu machen. Eine Ausnahme über den Beschäftigungsgrad ergab, daß am Jahresluß 1911 in 2321 Betrieben 32 187 Holzarbeiter beschäftigt waren, während 9126 Arbeitsplätze leer standen. Für 1912 sind die Aussichten nicht ungünstig, wenn man auch auf eine Hochkonjunktur für Berlin nicht rechnen kann.

Die Lohnbewegung war im Jahre 1911 recht lebhaft, trotzdem im Vorjahre die Arbeitsverhältnisse der großen Mehrzahl der Kollegen vertraglich geregelt worden waren. Insgesamt wurden 134 Streiks und Aussperrungen gezählt, die sich auf 587 Werkstätten und 10 528 Kollegen, darunter 9244 Verbandsmitglieder erstreckten. Außerdem wurden noch 73 Lohnbewegungen ohne Streik geführt. Hier von waren 63 Angriffsbewegungen, durch welche für 1033 Beteiligte eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 1,95 Mk. pro Woche und für 1597 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich 1 1/2 Stunden pro Woche erzielt wurde. In 10 Fällen gelang es auf friedlichem Wege, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Durch die Streiks wurde für 127 Kollegen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung um 1,6 Stunden und für 1148 Kollegen eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 2,30 Mk. pro Woche erreicht.

Die Meister wurde ungeachtet der Aussperrungsandrohung der Unternehmer durch Arbeitsruhe begangen. Die Beteiligung war viel stärker als im Jahre 1909. An der Wärmestromversammlung in der „Neuen Welt“ nahmen 22 180 Kollegen teil, von welchen 6566 in 387 Betrieben ausgesperrt wurden, die Mehrzahl auf 3 Tage. Die Aussperrten wurden aus der Lokalkasse mit insgesamt 68 337 Mark unterstützt.

Die Schlichtungskommission hatte eine sehr reiche Tätigkeit auszuüben. Es waren 579 Anträge zu erledigen, von denen 36 durch Arbeitgeber eingereicht waren. Das Verfahren vor der Schlichtungskommission hat durch die Ausföhrung des unparteiischen Vorsitzenden eine Verbesserung erfahren. Die Kommission, die aus je 7 Arbeitgebern und Arbeitern besteht, tagt öffentlich. Die Sitzungen werden abwechselnd durch die Vorsitzenden der beiderseitigen Organisation, Mahardt und Glöck, geleitet. Nach Anhörung der Parteien zieht sich die Kommission zur Beratung zurück, und sie ist dann, im Gegensatz zu früher, in dem meisten Fällen in der Lage, sofort eine Entscheidung zu fällen. Das Einigungsamt mußte siebenmal zusammenzutreten, um 11 Streikfälle zu entscheiden.

Der paritätische Arbeitsnachweis hatte auch im letzten Jahre mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch ein Teil der Kollegen kann sich mit der obligatorischen Vermittlung des Nachweises nur schwer bereinigen. Das sind besonders jene, die über einen großen Bekanntheitskreis verfügen und infolgedessen beim Ausschauen verhältnismäßig schnell eine neue Arbeitsstelle finden, während minder glückliche Kollegen um so länger auf Arbeit warten müssen.

Bei einer Einrichtung, die dazu bestimmt ist, der Gesamtheit der Kollegen zu dienen und das Solidaritätsgefühl zu fördern, kann natürlich auf die Wünsche solcher Geistes keine Rücksicht genommen werden, daß die Unternehmer in ihrer Mehrheit dem obligatorischen, paritätischen Arbeitsnachweis widerwillig gegenüberstehen, kann nicht wundernehmen, ist ihnen doch die Zustimmung zur Erteilung des Arbeitsnachweises erst nach einem schweren, aufrechten Kampf abgezwungen worden. Sie haben sich auch nach Möglichkeit bemüht, den Arbeitsnachweis zu diskreditieren. Am Laufe des Jahres hat das Arbeitsnachweisbureau ein neues Regulatorium ausgearbeitet, durch welches feste Normen für die Arbeitsvermittlung geschaffen sind. Im Jahre 1911 wurden in die Listen des Arbeitsnachweises 52 861 Arbeitssuchende eingetragen, 44 113 offene Stellen waren gemeldet und 87 628 vergeben. Außer dem paritätischen Arbeitsnachweis unterhält die Zahlstelle für einzelne Branchen noch einen eigenen Arbeitsnachweis, in welchem sich im Jahre 1911 4885 Arbeitssuchende eingetragen ließen. Von 3006 gemeldeten offenen Stellen konnten 2102 besetzt werden.

Am Laufe des Jahres haben sich die Zahlstellen in Berlin, Schöneberg und Oberschöneweide mit Berlin verschmolzen, während Charlottenburg dem notwendigen Anschluß an Berlin vorläufig noch ablehnend gegenübersteht. Die neuangelegten Zahlstellen zählten zusammen circa 1600 Mitglieder; insgesamt ist aber die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von 26 064 auf 29 289 gestiegen. Darunter befinden sich 582 weibliche und 81 jugendliche Mitglieder. Ist so auch der weitaus größte Teil der in Berlin beschäftigten Holzarbeiter Mitglieder unseres Verbandes, so steht doch noch eine nennenswerte Zahl von Kollegen außerhalb der Organisation. Deshalb ist auch in Berlin eine unablässige Agitation erforderlich, um auch die noch ruhenden der Organisation zuzuführen.

**Verbandsstag des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes.**  
k. Vom 5. bis 7. April fand im Restaurant zum Neff in Baden in der Schweiz der Verbandsstag des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes statt. Anwesend waren aus 30 Orten 58 Delegierte, die Vertreter des Zentralvorstandes und die 3 gewählten Sekretäre. Vom österreichischen Holzarbeiterverband war der Kollege Pech und vom Deutschen Holzarbeiter-Verband der Kollege König als Gäste erschienen.

Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß am Schlusse des Jahres 1911 7016 Mitglieder in 80 Sektionen vorhanden waren. Lohnbewegungen wurden im Jahre 1910/11 im Jahre 1911/12 geführt. In diesen Bewegungen waren 6589 Arbeiter beteiligt, wovon 4011 organisiert waren. Das Vermögen des Verbandes betrug am Schlusse des Jahres 1911 138 883 Frank.

Unter den Anträgen, welche dem Verbandsstag vorlagen, rief besonders der Antrag, eine weitere Kraft auf dem Zentralbureau einzustellen, eine lebhafte Diskussion hervor. Am Verlauf der Diskussion, welche zum Teil ins Persönliche überging, reichten die beiden Sekretäre Löber und Pauli ihre Demission ein.

Beschlissen wurde sodann, eine erste Kraft auf dem Verbandsbureau anzustellen. Ferner wurde beschlossen, die Neuwahl des Sekretärs durch Urabstimmung vorzunehmen. Ein weiterer Antrag, das schweizerische Sekretariat von Genf nach Lausanne zu verlegen, wird ebenfalls angenommen. Als Sitz der Beschwerdekommision wird Bern und als Ort des nächsten Verbandstages Lausanne bestimmt.

Die Anträge, welche sich mit der Krankenkasse beschäftigen, wurden einer Kommission übermiesen. Die Kommission beantragte als Ergebnis ihrer Beratungen: 1. die Krankenunterstützung von 2 Frank auf 2,50 Frank pro Tag zu erhöhen; 2. das Eintrittsgeld abzuschaffen und 3. fünf Prozent der Einnahmen für Verwaltungszwecke zu berechnen. Diese drei Anträge der Kommission wurden angenommen.

**Gewerkschaftliches.**

**Von der Haß gegen die Gewerkschaften.**

Der Haß ist ein schlechter Berater, und der Haß gegen die Gewerkschaften bereitet auch große Zeitungen, die sonst Wert darauf legen, ernst genommen zu werden, ihre Spalten handgreiflichem Blödsinn zu öffnen. Ein Musterbeispiel liefert die „Königliche Zeitung“ in ihrer Nummer 399 vom 11. April. In einer an auffälliger Stelle abgedruckten Notiz wird dort mitgeteilt, daß der jächsische Landesverband der Hirsch-Jüngerischen Gewerksvereine in einer Resolution u. a. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine verlangt habe. Im Anschluß an diese Nachricht gibt das Blatt einer Zeitschrift aus ihrem Feiertagsraum, deren Inhalt sich die Redaktion durch den Verzicht auf jede Bemerkung zu eigen macht, obwohl es haarsträubender Unsinn ist, der dort verzapft wird.

Der Mitarbeiter der „Königlichen Zeitung“ zitiert den § 152 der Gewerbeordnung. Der zweite Absatz dieses Paragraphen gestattet bekanntlich den jederzeitigen Rücktritt von den Vereinigungen und Verabredungen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen, die an sich durch den ersten Absatz erl. ist werden. Das ist eine Ausnahmebestimmung, die sich gegen die Gewerkschaften richtet, denn das Gesetz jeden Schutz gegenüber unlauneren Elementen verleiht. Ein Gewerkschaftsmitglied, welches trotz reichlicher Unterstützung, die es von seiner Organisation bezogen hat, zum Streiktrücker wird, kann weder zur Erfüllung seiner Organisationspflicht noch zur Rückgabe der bezogenen Unterstützung an die Organisation angehalten werden, denn nach § 152, Abs. 2, findet aus dem Rücktritt von der Vereinigung oder Verabredung „weber Klage noch Einrede statt“. Der Zweck und Sinn dieses Satzes ist eigentlich nicht mißzubereiten. Der Mitarbeiter der „Königlichen Zeitung“ bringt aber das Quajststück fertig zu schreiben:

„Tatsache ist es, daß in diesem einen Satze das Gesetz die ungeheure Ausdehnung der Gewerkschaften und mit ihnen der Sozialdemokratie zu suchen ist.“

Der gute Mann ist nämlich der Meinung, daß die Bestimmung, die sich in allen Gewerkschaftsstatuten findet, wonach den Mitgliedern ein Klagbares Recht auf die Unterstüßungen nicht zusteht, auf diesen zweiten Absatz des § 152 der Gewerbeordnung zurückzuführen ist. Wer nur ein ganz klein wenig Ahnung von den Einrichtungen der Gewerkschaften hat, weiß, daß der Ausschluß des Klagbaren Anspruchs auf die Unterstüßungen lediglich deshalb erfolgt, um zu verhüten, daß die Gewerkschaften als Versicherungsgesellschaften betrachtet und verpflichtet werden, die für diese geltenden Bestimmungen zu beachten. Dazu gehört insbesondere die Ansammlung eines Reservefonds, wie ihn §. 2. die Krankenkassen haben müssen. Wollten die Gewerkschaften einem den Vorschriften der Versicherungsgesetzgebung entsprechenden Reservefonds ansammeln, dann müßten die Beiträge, ohne Erhöhung der Unterstüßungsleistungen, vielfach erhöht werden, und dabei dürfte dieser Reservefonds gegebenenfalls nicht einmal für Kampfszwecke angegriffen werden. Aus diesem sehr einleuchtendem Grunde verzichten die Gewerkschaften aller Richtungen darauf, ihren Mitgliedern ein Klagbares Recht auf die Unterstüßungen einzuräumen. Tatsächlich ist aber die Unterstüßung, wenigstens in unserem Verband und in den anderen der Generalkommission angeschlossenen Verbänden stets so ausgezahlt worden, als ob die Mitglieder ein Klagbares Recht darauf gehabt hätten.

Dem Gewährsmann der „Königlichen Zeitung“ kommt es aber darauf an, die Gewerkschaften zu verlästern, und er läßt seine Absicht nach bewährtem Muster dadurch zu erreichen, daß er die Führer in Mißkredit zu bringen sucht. Die Führer haben durch den Ausschluß des Klagbarens die Verfügung über die Ausgaben; den Führern ist es überlassen, im Bedarfsfall die Beiträge zu erhöhen. Die armen Mitglieder, die den erhöhten Beitrag nicht zahlen wollen, werden einfach ausgeschlossen. Aber das schlimmste kommt noch. Bei den meisten Gewerkschaften besteht die Einrichtung,

daß die unteren Organe für ihre Ausgaben einen gewissen Prozentsatz der Einnahmen verwenden können; dadurch werden sie wirksame Agitatoren, deren Einnahmen mit ihrer Tätigkeit wächst, ein annehmbares und sicheres Einkommen zugleich, annehmbar, weil sie ihr Einkommen durch agitatorische Tätigkeit aus den Einnahmen erhöhen und diese Einnahmen durch Erhöhung der Beiträge heraufsetzen können; sicher, weil die an die Mitglieder zu zahlenden Unterstüßungen freiwillige sind und ein Klagbares Recht darauf nicht zugestanden wird.“

Man könnte lachen über den Unsinn, der in dem zitierten Satz ausgesprochen und in dem folgenden Teil des Artikels weiter fortgesponnen wird. Aber die Sache hat doch ihre ernste Seite. Es sind die Kreise von Bildung und Besitz, die aus solchen Elaboraten ihre Kenntnis von dem Wesen der Gewerkschaften beziehen und die dann, gestützt auf solche Weisheit, allen Unterdrückungsmaßnahmen, die sich gegen die Gewerkschaften richten, begeistert zustimmen. Gerade deshalb aber ist es notwendig, gegen solche Ausbrüche des Hasses den entschiedensten Einspruch zu erheben, ungeachtet des Umstandes, daß die Unwissenheit des Verfassers aus jeder Zeile des Nachwerks spricht. Seitens der sozialdemokratischen Tagespresse ist das mit der, in diesem Fall durchaus angebrachten Schärfe geschehen.

Es hätte erwartet werden dürfen, daß die „Königliche Zeitung“, dadurch aufmerksam gemacht, wenigstens nachträglich sich herbeigelassen hätte, die Zeitschrift, der sie so bereitwillig Raum gewährt hat, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Aber das Weltblatt vom Rhein wird von den scharfmacherischen Großindustriellen ausgehalten, und wenn es deren Interesse erfordert, muß die „Königliche Zeitung“ auch den dümmsten Blödsinn als den Ausfluß höchster Weisheit preisen. In der Spitze ihrer Nr. 416 vom 15. April kommt sie auf den Gegenstand zurück und nennt das von ihr bezappte Blech „eine von wohlthuerender Sachlichkeit und besonderem Scharfsinn zeugende Zeitschrift“. Mit Leuten, die so urteilen, ist natürlich eine ernsthafte Diskussion über Gewerkschaftsprobleme nicht zu führen.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände fand vom 25. bis 27. März in Berlin statt. Ueber diese Konferenz veröffentlicht das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission folgenden Bericht: Sie verhandelte an erster Stelle über den von der Studienkommission zur Erzielung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungskasse „Volksfürsorge“ ausgearbeiteten Gesellschaftsvertrag und die Versicherungsbedingungen, die die Zustimmung der Konferenz fanden. Danach wurden die gewerkschaftlichen Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates gewählt. Für den Vorstand wurden die Genossen Paeplov und Wenker, für den Aufsichtsrat die Genossen Bauer, Leipart, Schilde und Ebert, als Ersatzmänner Eister und A. Schmidt bestimmt.

Von den der Vorstandskonferenz durch den Dresdener Gewerkschaftskongreß übermiesenen Anträgen waren von besonderer Bedeutung diejenigen der Bildhauer und Metallarbeiter betr. Streikunterstützung, von denen der erstere die Erzielung einer Widerstandskasse mit regelmäßigen Beiträgen unter Verwaltung der Generalkommission, der letztere bei Streiks und Ausperrungen die Erhebung entsprechender Beiträge nach Mitgliederzahl der Gewerkschaften verlangt. Nach längerer Beratung entschied sich die Konferenz für die Erhebung von Beiträgen im Umlagewege und beauftragte die Generalkommission mit der Ausarbeitung geeigneter Durchführungsvorschläge.

Einschließlich der Unterstüßung der Tabakarbeiter, bei welcher neben den allgemeinen Sammlungen sowohl freiwillige Beiträge der Gewerkschaftskassen, als auch feste Umlagen erhoben worden waren, wurde eine Regelung

dahingehend beschlossen, daß jeder Verband einschließlich der geleisteten freiwilligen Beiträge aus der Hauptklasse pro Mitglied 20 Pf. abzuführen habe. Der über die Ausgaben hinaus verbleibende Mehrbetrag wurde den Tabakarbeitern überwiesen.

Bei der Frage der Berichterstattung über gewerkschaftliche Verbandsstage durch das Pressebureau erklärte sich die Konferenz zustimmend und beauftragte die Generalkommission, mit dem Beirat des Pressebureaus über die Einführung dieser Berichterstattung weiter zu verhandeln. Der Versuch, eine Regelung der Diätenanrechnung der im Besitz von Reichstags- oder Landtagsmandaten befindlichen besoldeten Gewerkschaftsangehörigen zu schaffen, scheiterte an der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und Auffassungen in dieser Frage.

Die weiteren Beratungsgegenstände waren interner Natur.

Der Verbandsstag der Glaser fand am 9. und 10. April in Dresden statt. Vertreten waren dort 35 Delegierte und 3 Vorstandsmitglieder. Am Vordergrund der Verhandlungen stand, wie schon auf den letzten Verbandstagen, die Veranschaulichungsfrage. Zwölf, zumeist süddeutsche und sächsische Zahlstellen hatten den Uebertritt zu unseren Verbänden, Hamburg und Nachen dagegen zum Bauarbeiterverbände beantragt. Dieses Verhältnis ist dadurch erklärlich, daß in Norddeutschland die Mantelglaser vorherrschen, während in Sachsen und Süddeutschland in den Glaserwerkstätten sich Glaser und Tischler in die Herstellung der Fensterrahmen teilen und daher vielfach diese Mangelglaser, also Holzarbeiter, den Stamm der Glaserzahlstellen bilden. Für den Anschluß an den Holzarbeiterverband sprach Klob-Darmstadt, der eine Urabstimmung über diese Frage beantragte. Der Anschluß wurde jedoch mit 20 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Vornahme einer Urabstimmung wurde ebenfalls abgelehnt.

Charakteristisch für die Urabstimmungen in der Auffassung über das Unterstüßungswesen der Gewerkschaften ist die Tatsache, daß diesmal der Verbandsvorstand selbst die Einführung der Krankenunterstützung beantragte, nachdem er sich früher dagegen erklärt hatte. Darin liegt kein Vorwurf, denn auch in anderen Gewerkschaften hat man diesen Weg gehen müssen. Das Schicksal wollte es aber, daß diesmal der selbe Vorstandsvorteiler die Vorlage zur Annahme empfehlen mußte, der noch auf dem Verbandstage 1909 in Bezug auf unseren Verband die Unterstüßungsfrage als „Nasenwasser“ bezeichnete. Die Zeiten ändern sich eben. Die Einführung der Krankenunterstützung wurde denn auch beschlossen. Diese soll mit 3 bis 5 Mk. pro Woche auf die Dauer von 12 Wochen gewährt werden. Ebenso soll künftig Sterbegeld in Höhe von 20-55 Mk. zur Auszahlung kommen. Zur Deckung der Mehrausgaben wurde der Wochenbeitrag von 60 auf 70 Pf. erhöht. Die Streikunterstützung soll künftig 12 Mk. für 2 Wöche und 15 Mk. für weitere 2 Wöche betragen. Beitragsbefreiung kann nach vierwöchiger Krankheit gewährt werden. Die Besprechung über den Reichstags im Glasergewerbe ergab die Ablehnung dieser Vertragsform und die Befürwortung lokaler Tarifverträge. Der nächste Verbandstag soll 1915 in Erfurt stattfinden. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Karlsruhe.

Der Verband der Kunstgewerbezeichner, zu dessen Mitgliedern auch verschiedene ehemalige Verbandskollegen, die dem Beruf wechselten, gehören, ist zwar der Generalkommission der Gewerkschaften nicht angeschlossen, doch pflegt er mit den beteiligten Gewerkschaften freundschaftliche Beziehungen. Der Verband hat es in den wenigen Jahren seiner Existenz bereits auf 2231 Mitglieder gebracht. Seine Tätigkeit ist in der Hauptsache eine rein gewerkschaftliche. Der über Osnabrück in Klauen i. W. abgehaltene Verbandsstag hat zwar den Anschluß an die Generalkommission auch diesmal noch abgelehnt, nachdem deren Vertreter, Kollege Robert Schmidt, die zurzeit noch dagegen sprechenden Gründe anerkannt hatte. Diese liegen besonders in der noch wenig entwickelten gewerkschaftlichen Durchbildung der Berufsangehörigen. Dagegen wurde auf der anderen Seite der Verbandsvorstand ermächtigt, Streik- und Maßregelungsunterstützung nach eigenem Ermessen zu zahlen. Der Verbandsstag besprach auch die Zweckmäßigkeit der Tarifberater im Zeichenberuf.

300 000 organisierte Bauarbeiter! Diese erste wichtige Tatsache geht aus der Jahresabrechnung des Deutschen Bauarbeiterverbandes hervor. Das erste Jahr nach der Verschmelzung der Verbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter hat der Bauarbeiterorganisation einen ganz gewaltigen Aufschwung gebracht. Von 241 848 Mitgliedern, welche beide Verbände in die neue Organisation einbrachten, stieg die Zahl bis zum Jahreschlusse 1911 auf 295 688. In Wirklichkeit ist aber die Zahl der Organisierten höher, denn sie betrug am Schlusse des 3. Quartals 1911 bereits 310 082. Der Niedergang im Winterquartal beruht auf der zeitweisen Abwanderung während des Ruhens der Bauaktivität und ist nur scheinbar. Die Mitgliederzahl wird jetzt bereits wieder auf 324 000 geschätzt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß am 1. Januar dieses Jahres der Glukateurverband mit rund 10 000 Mitgliedern beigetreten ist. Der Verband zählte Ende 1911 insgesamt 105 Zweigvereine. Von diesen hatten 48 je über 1000 Mitglieder — die größten davon sind München mit 14 136, Dresden mit 12 926, Hamburg mit 11 191 und Berlin mit 10 056 Mitgliedern. Das Verbandsvermögen, das infolge der schweren Kämpfe des Jahres 1910 bei der Verschmelzung nur 6 Millionen Mark betrug, stieg auf 10 571 193 Mk. Die Verschmelzung hat sich also allgemein als nützlich erwiesen, wie nach dem Bericht des „Grundstein“ auch deren ehemalige Gegner heute rückhaltlos anerkennen.

Der Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter veröffentlichte seinen Jahresabrechnung, aus der sich ergibt, daß im Jahre 1911 ein Zuwachs um 333 männliche und 741 weibliche Mitglieder erzielt worden ist. Die Gesamtzahl der selben beträgt nunmehr 18 965, dabei 9775 weiblich. In größeren Zahlstellen sind vorhanden: Berlin mit 5064, Leipzig mit 2362, München mit 1546, Nürnberg mit 1163 Mitgliedern.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehtinnen hat im Jahre 1911 den größten Mitgliederzuwachs seit seinem Bestehen zu verzeichnen gehabt. An männlichen Mitgliedern gewann er 1112, an weiblichen

2010. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt jetzt 15 502, dabei 9520 weibliche. Das Vermögen hat sich in ähnlicher Weise vermehrt, es liegt von 33 213 Mk. auf 47 629 Mk. Nach den übrigen Gewerkschaften bemessen, ist der Bestand pro Mitglied gering, doch liegt dies an den anders gearteten Verhältnissen im Handelsgewerbe. Einen weiteren großen Zuwachs dürfte der Verband zu Ende dieses Jahres durch den Nebertritt des Lagerhalterverbandes bekommen, zu dem die Vorarbeiten bereits erledigt sind.

### Soziale Rechtspflege.

Die Gewerbegerichtswohle in Köln, die am 12. April vorgenommen wurde, ist infolgedessen von besonderer Bedeutung, als sie den Christen in ihrer Hochburg eine schwere Niederlage gebracht hat. Die freien Gewerkschaften erzielten 17 937 Stimmen, das sind 1768 Stimmen mehr, als vor fünf Jahren. Die Christ-Christen verneigten ihre Stimmenzahl um 833 und brachten es auf 816 Stimmen; die Christen erzielten aber nur 7608 Stimmen, das sind um vier weniger als bei der letzten Wahl. Und dieser Stimmenrückgang trat ein, obwohl inzwischen durch die Eingemeindung von Stadt und Binsig die Wählerzahl eine erhebliche Steigerung erfahren hat. Man wird wohl nicht schäme, wenn man in diesem Wahlausfall eine Wirkung des Arbeiterverrats der Christen bei dem Vergarbeiterstreik erblickt.

Der christliche „Holzarbeiter“ nimmt von diesem Wahlausfall, der den hochgespannten Erwartungen der Gewerkschaftsschreier so ganz und gar nicht entspricht, mit tiefbetäubter Miene Notiz. Er macht jetzt darauf aufmerksam, daß man bei dem Wahlverfahren tüchtig schwindeln kann. Jeder, der den notwendigen Mut besitzt, ist in der Lage, sein Wahlrecht so auszuüben, als es ihm zuzutun.“ Bekanntlich gebricht es den biederen Christen niemals an dem nötigen Mut. Und trotzdem diese schwere Niederlage, das ist bitter!

### Vollzeitliches und Gerichtliches.

#### Die Zahlstelle Thorn ist kein politischer Verein!

Bei Beratung des Vereinsgesetzes konnten die Regierungsbekreter, allen voran der festige Reichsanwalt von Weismann-Hollweg, gar nicht fernerlich genug versichern, daß der feste Wille bestehe, allen Verletzungen des Gesetzes oder Ausführung der Vorschriften entgegenzutreten. Was von diesen festeren Erklärungen zu halten ist, haben uns die paar Jahre Praxis des neuen Vereinsgesetzes genugsam zum Bewußtsein gebracht, wenn darüber vielleicht Zweifel vorhanden gewesen sein sollten. Man hat namentlich versucht, die Zahlstellen der Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu deklarieren und sie so anmeldepflichtig zu machen. So wurden auch die Verwaltungsmitglieder der Zahlstelle Thorn des deutschen Holzarbeiterverbandes im Oktober 1911 zu je 20 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil sie es unterlassen hatten, die Zusammensetzung des Vorstandes der Zahlstelle zu melden. Die Verpflichtung zur Anmeldung besteht nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes nur für politische Vereine, und die Art, wie das Gericht seinerzeit „festgestellt“ hat, daß die Zahlstelle Thorn ein politischer Verein sei, hat damals allgemeines Aufsehen erregt. Das Gericht hatte Feststellungen über die Tätigkeit der Zahlstelle selbst bestehen des Vereinsgesetzes überhaupt nicht getroffen, sondern gefolgert, daß vor Inkrafttreten des jetzigen Gesetzes eine politische Tätigkeit entfallen worden und deshalb anzunehmen sei, daß die Zahlstelle die gleiche Tätigkeit auch in der Folgezeit entfalten habe. „Es ist“, so führte das Urteil aus, „kein Grund für die Annahme vorhanden, daß sich das Vereinsleben inzwischen geändert hat.“ Wie das Gericht die Feststellung getroffen hat, daß die Zahlstelle sich früher politisch betätigt habe, ist ein Kapitel für sich. Von größerem Interesse war zunächst nur die lähne Schlussfolgerung des Urteils. Sie wurde von den Verantwortlichen durch Verurteilung angegriffen und von der Strafkammer des Landgerichts Thorn in der Sitzung vom 28. Februar 1912 auch tatsächlich über den Haufen geworfen. Das Landgericht hat in seiner schriftlichen Urteilsbegründung wohl versucht, den erstinstanzlichen Richtern etwas Wasser auf das wunde Herz zu träufeln, aber doch nicht umhin gekonnt, die Logik des Schöffengerichts abzulehnen. Da das Urteil inzwischen rechtskräftig geworden ist, bringen wir im Nachfolgenden den entscheidenden Wortlaut des Erkenntnisses:

„Es geht nun aber nicht an, wie es der Vorderichter tut, aus der Tatsache der politischen Betätigung des Vereins bis zum Jahre 1908 den Schluss zu ziehen, daß der Verein auch weiterhin dieselben Bahnen eingeschlagen und die gleichen Prinzipien bis zur Jetztzeit verfolgt hat.“

Von den Angeklagten darf der Nachweis, daß der Verein sich jeder politischen Tätigkeit enthalten habe seit Beginn des Jahres 1908, nicht verlangt werden, weil dies eine Abweichung von der allgemeinen Regel im Strafprozess wäre, wonach den Angeklagten der Beweis ihrer Schuld geführt werden muß.

Die Angeklagten haben übrigens auch versucht, den Beweis zu erbringen für ihre Behauptung, daß der Verein eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten nicht bezwecke, und zwar durch Benennung der Zeugen Leipart und Siefelb. Diese haben denn auch bekundet, daß der Zentralverband für Holzarbeiter Deutschlands in seiner Weise sich politisch betätige. Der Zeuge Leipart hat bei seiner Vernehmung ein Mundschreiben des Zentralverbandes des genannten Verbandes an die Zahlstellen und eine Anweisung an die Leiter der Versammlungen zu den Aktien überreicht. Der Inhalt dieser Schriftstücke ist, soweit er wesentlich war, in der Hauptverhandlung vorgetragen worden.

Dort heißt es u. a.: „Einige Urträge und Fragen politischen oder religiösen Inhalts sind vom Leiter der Versammlung nicht zur Verhandlung zuzulassen. Es muß der alte Grundsatz bestehen bleiben, daß jedes Mitglied die Pflicht hat, wie jeder andere Staatsbürger, sich in der politischen Partei politisch zu betätigen. Das muß aber außerhalb des Verbandes geschehen. Der Deutsche Holzarbeiterverband soll unpolitisch sein und bleiben.“

Wenn das Verurteilungsgericht dadurch auch nicht die Behauptung der Angeklagten, daß der Verein in Wirklichkeit keinerlei politische Tendenzen zurzeit verfolge, für bargetan erachtet, so fehlt es doch eben an dem blühenden Nachweis des politischen Charakters des Vereins in der Gegenwart.

Nach alledem konnte nicht festgestellt werden, daß die Angeklagten den § 3 des Vereinsgesetzes übertreten haben.“

Es mußte also die Freisprechung erfolgen.

Der meineidige Streikbrecher. Eine Verhandlung, die sich am 18. April vor dem Schwurgericht in Kottbus abspielte, läßt erkennen, auf was für Grundlagen oft Klagen gegen Streikende erhoben werden. Jüngstein Kum-pazius von Streikbrecher braucht nur zu erzählen, daß er von Streikenden befristet wurde, dann ist auch der Unternehmer oder einer seiner Bedienten gleich bei der Hand, die Strafanzeige zu erstatten. Vor Gericht wiegen die Unschuldsbeteuerungen der Verdächtigen federleicht; gegen den Eid eines „nützlichen Elements“ können sie nicht aufkommen. Auf diese Weise wird in gar vielen Fällen die Verurteilung Streikender erzielt und die Chronik der Terrorismusfälle bereichert. Die Entlassung des Demuzianten, wie im vorliegenden Falle, ist nur selten möglich.

Während des vorjährigen Streiks in der Möbelabrik von Welse in Finsterwalde waren drei streikende Kollegen in einer Kiesgrube mit dem Arbeiter Krüger zusammengetroffen, von welchem ein Mesarbeiter gesagt hatten, daß er beabsichtigt, bei Welse anzufangen. Krüger bestritt das und nannte einen anderen Betrieb, in welchem er tags darauf anfangen wollte. Tatsächlich wurde er aber bei Welse zum Streikbrecher und erzählte auch bald einigen Herren von der Geschäftsleitung, daß er von den erwähnten drei Kollegen in seiner Wohnung bedroht worden sei. Der Prokurist der Firma machte nun schleunigst eine Straf-anzeige, die von Krüger unterschrieben wurde. Vom Schöffengericht wurden die Angeklagten prompt zu einigen Tagen Gefängnis verurteilt, da der Streikbrecher Krüger beschwor, mißhandelt worden zu sein.

Die Verurteilten legten Verurteilung ein und vor der Strafkammer zu Kottbus wiederholte der Streikbrecher seine Bezeugungen. Und da er einmal beim Falschschwören war, bestritt er auch unter seinem Eid, schon wiederholt wegen Betrugs und Urkundenfälschung bestraft zu sein. Da die Unwahrschuld dieser Aussage aus den Akten nachweisbar war, wurden die Angeklagten freigesprochen, dafür aber gegen den streikbrecherischen Demuzianten ein Meineidsverfahren eröffnet. Im Laufe der Untersuchung mußte er denn auch zugeben, daß die Bezeugungen gegen unsere Kollegen unbegründet waren, daß er sich also auch durch das Zeugnis, das er in dieser Beziehung abgelegt, des Meineids schuldig gemacht hat. Die Geschworenen fanden den Streikbrecher Krüger des Meineids in zwei Fällen schuldig. Er wurde deshalb unter Annahme mildernder Umstände zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Es handelt sich hier um einen Ausnahmefall, in dem es gelang, den meineidigen Demuzianten zu entlarven. Wäre es in allen Fällen möglich, die Aussagen der „terrorisierten“ Streikbrecher gründlich nachzuprüfen, dann würden wohl viele dieser zweifelhaften Ehrenmänner hinter Zuchthausmauern verschwinden.

### Eingefandt.

#### Zur Konferenz der Musikinstrumentenarbeiter.

Wenn man die Statistik der Zentralkommission genau verfolgt hat, so kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß eine Konferenz vomöten ist, zumal auch in Städten, in denen Sektionen bestehen, noch sehr viel Agitation nötig ist. Selbst Städte wie Berlin usw. sind schlecht organisiert, und hauptsächlich Großstädte, wo man sonst die Elite der Arbeiterschaft findet, legen für die Musikinstrumentenarbeiter ein schlechtes Zeugnis für die Organisation ab. Besonders sind es die gelehrten Pianoarbeiter, wie Zusammenfeger, Ausarbeiter, Stimmer usw., die für die Organisation sehr schwer zu gewinnen sind. Dieselben glauben in ihrem Stangegeist etwas mehr als Arbeiter zu sein. Aber auch in Gegenden, wo andere Musikinstrumente, wie Geigen, Zeharmonikas usw. fabrikiert werden, hauptsächlich wo die Heimarbeit ihre Domizil aufgeschlagen hat, ist es notwendig, daß die Organisation an Boden gewinnt. Wir stehen im Anfangsstadium von Tarifverträgen, es wäre also auch hier eine gemeinsame Aussprache sehr wichtig. Der Anregung betreffend Abhaltung von Bezirkskonferenzen kann ich nicht zustimmen, jedoch könnten später bestimmte Bezirkskommissionen gebildet werden, was ebenfalls Aufgabe der Konferenz wäre. Wenn man die Verhältnisse der letzten 10 Jahre im Holzbearbeitungsberuf betrachtet, so sind die Musikinstrumentenarbeiter mit von denen, wo sich die Verhältnisse nicht oder nur wenig gebessert haben, während die Bau- und Möbelschreiner und andere Verufe sich weit bessere Verhältnisse erreichten und fast überall Tarifverträge haben. Es ist doch wenigstens ein kleiner Ausgleich für die teuren Lebensmittelpreise. Bei den Musikinstrumentenarbeitern ist also ein Stillstand zu verzeichnen, und Stillstand ist Mißschritt. Eine Konferenz legt allerdings den Totalkassen Opfer auf, aber ich glaube, daß sich die Organisation dafür dauernd heben wird.

Aug. Würfel-Heilbronn.

Nach dem letzten Eingefandt der Zentralkommission ist selbige mit der Diskussion betreffs Abhaltung einer Konferenz nicht zufrieden, sie wünscht eine lebhaftere Diskussion. Einen Teil der Schuld an der flauen Beteiligung trägt zweifellos die Zentralkommission selbst, denn nach ihrem ersten Eingefandt war ja nicht mehr zu erwarten; die Zentralkommission hätte zweifellos mehr Anregungen und Begründungen geben müssen. Aber auch im letzten Eingefandt bringt sie Motive, die mir zur Beratung auf einer Konferenz zum Teil zwecklos erscheinen. Können wir durch ein Referat oder Diskussion die Weiterentwicklung der Musikinstrumentenindustrie beseitigen? Ich meine:

nein! Daß die Produktion in anderen Ländern mehr überhand nimmt, dürfte wohl zu einem Teile auf die Zollpolitik Deutschlands zurückzuführen sein. Aus der Diskussion, die bisher erfolgte, zeigt sich, daß ein Teil der Kollegen große Hoffnungen darauf setzt, eine Konferenz könne wesentlich zur Beseitigung der Konkurrenz und Preisverdrängung der Unternehmer beitragen, aber das kann ja gar nicht Aufgabe einer Konferenz sein, auch haben wir als Arbeiter kein Interesse daran. Unsere Hauptaufgabe ist: Schaffung einer starken, gleichbewußten Organisation, um unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das müssen wir aber in unsern Abstellen tun, und nicht auf einer Konferenz.

Auch die Abhaltung von Bezirkskonferenzen oder gar Schaffung von Bezirkskommissionen halte ich für unduldsutabel und als unnötigen Ballast innerhalb unserer Organisation. Wenn die Sektionsleitungen eines enger zusammenhängenden Bezirks eine Zusammenkunft für erforderlich halten, können solche gemacht werden, da werden uns die Gauvorstände behilflich sein; dazu brauchen wir aber keine große Propagandadiskussion zu betreiben.

Die Konferenz, die ja schließlich kommen wird, sollte hauptsächlich folgende Frage behandeln: „Die Tarifverträge in unserer Branche“. Die Tarifverträge halten ja bekanntlich auch in unserer Branche immer mehr Einzug, und bei unserer mannigfaltigen Teil- und Spezialarbeit ist eine klipp und klare Erörterung notwendig. Eine andere Frage ist die „Arbeitsnachweisfrage resp. Stellenvermittlung“. Auch hier ist eine gründliche Beratung erforderlich. Wurde doch selbige schon mit als Forderung bei Lohnbewegungen in unserer Branche erhoben, aber weß fessellos noch zuviel Unklarheit hierüber herrscht, wieder fallen gelassen. Die Referenten zu diesen beiden Fragen sollte der Hauptvorstand oder die Zentralkommission rechtzeitig suchen und bestimmen, damit dann auf der Konferenz nicht wieder, wie auf der in Zeit stattgefundenen, allzuviel Beschwerden über die Unvollständigkeit der Referate erfolgen. Erwähnenswert als Stoff zur Konferenz wäre noch: „Die Organisation der Unternehmer unserer Branche“, denn diese Frage konnte auf der ersten Konferenz nicht genügend beraten werden. Auch über „Agitation und Organisation in der Musikinstrumentenbranche“ dürfte sich eventuell reden lassen.

Bei Einberufung einer Konferenz sollte der Vorstand einen Ort in Betracht ziehen (etwa Plauen), wo zugleich in den umliegenden, schlecht organisierten Orten Agitationsversammlungen abgehalten werden könnten. Dresden.

#### Zur Musikinstrumentenarbeiter-Konferenz.

Man braucht gerade eine besonderer Freund von Konferenzen zu sein, um einzusehen, daß für die Musikinstrumentenarbeiter eine Branchenkonferenz notwendig ist. Ich würde im Einverständnis mit meiner Sektionsverwaltung eine allgemeine Branchenkonferenz befürworten. Durch Bezirkskonferenzen kann meiner Meinung nach ein übersichtliches Bild über die Lage der Musikinstrumentenarbeiter nicht geschaffen werden. Als Agitationsmittel sind solche Bezirksversammlungen sehr gut und können heute schon von jedem Gauvorstande in die Wege gestellt werden. Wenn auf diesem Gebiete bisher zu wenig geschehen ist, so rate ich den Kollegen, einen sanften Druck auf die Gauvorstände in Zukunft auszuüben, und denselben das notwendige Material zur Einberufung einer Bezirkskonferenz zur Verfügung zu stellen.

Die von der Zentralkommission vorgeschlagene Konferenz muß sich über ganz Deutschland erstrecken. Es soll auf dieser Konferenz die allgemeine Lage der Musikinstrumentenarbeiter besprochen und ein einheitlicher Agitationsplan für die Zukunft aufgestellt werden. Nicht vergessen dürfen wir dabei die Frage der kommenden Tarifverträge. Der Hinweis auf die letzte Konferenz und die Folgerung, daß diese Konferenz in ihrem Ergebnis nicht befriedigt habe, kann ich als Ablehnungsgrund für eine allgemeine Konferenz nicht anerkennen. Wir müssen uns vielmehr die Frage vorlegen, ob alles geschehen ist, um das Resultat dieser Konferenz richtig auszunutzen. Diese Frage muß ich nach genauer Prüfung verneinen, und will deshalb versuchen, auf einige zutage getretene Unterlassungen und Mißstände aufmerksam zu machen.

Zunächst ist der Befindlichkeit der Konferenz in weitgehendstem Maße vonseiten der einzelnen Zahlstellen Rechnung zu tragen. Die Spezialisierung der Arbeiter in der Musikindustrie machen mindestens eine Vertretung der Hauptbranchen notwendig. Wohl kein Beruf in der Holzindustrie weist eine derartige verschiedene Arbeitsteilung auf, als gerade die Musikindustrie. Daraus erklärt sich auch der Mangel an Solidaritätsgefühl und die damit verbundenen geschäftlichen und persönlichen Streitigkeiten. Dann ist bei der Wahl der Delegierten zu beachten, daß dieselben auch die Gewähr bieten auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit, das Gehörte zu verwerten und agitatorisch auszunutzen. Nach dieser Richtung haben wir gerade in Stuttgart nicht die besten Erfahrungen gemacht. Schließlich möchte der Hauptvorstand im Verein mit der Zentralkommission anschließend an die Konferenz eine allgemeine Agitationstour in die Wege leiten, um den von den Delegierten ausgereisten Samen vollends zur Reife zu bringen. Wenn obige Punkte berücksichtigt werden, hoffe ich auf eine für den gesamten Verband lehnende Konferenz.

Die Bewegungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Verhältnisse in der Musikindustrie verbesserungsbedürftig sind. Trotz Stangegeist und Indifferentismus war es möglich, in den letzten Jahren Verbesserungen für unsere Kollegen herauszuholen, nach dem Grundsatze, „wo ein Wille ist, da ist ein Weg“. Tausende unserer Berufskollegen stehen der Organisation noch fern und spielen den Schmarotzer an den Erregungsgäften der Organisation. Diese Kollegen aufzuklären und der Organisation zuzuführen, ist Pflicht sämtlicher Verbandsinstanzen. Das Agitationsgebiet ist groß und bei richtiger Behandlung auch erfolgreich und lohnend für den Verband. Deshalb wünsche ich, daß der Verbandsvorstand dem Ansuchen einer Konferenz möglichst bald Rechnung tragen möge.

G. Senfert, Stuttgart.

Verfassungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Verfassungsverammlung der ...

Anzeigen.

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

Brandenburg a. S. Der Arbeitssachverwalter ...

1 Schreiner findet dauernde Beschäftigung ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Einige tüchtige Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt ...

Tüchtige Tischler auf Möbel ...

Wir suchen zum sofortigen Eintritt mehrere Volltischler ...

Korbmacher auf Peddigrohrmöbel ...

Korbmacher auf Mattarbeit ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Meißelfarbe ...

Mein lieber Freund. Interessierst Du Dich für ...

Lade, Polituren, Beizen. ...



Willa und gut kaufen Sie sämtliche Tischlerwerkzeuge ...

Spezialgeschäft in Tischlereibedarfsartikeln. ...

Der Kastenmacher. ...

Laubfägerei. ...

Süddeutsche Schreiner-Fachschule. ...

Tischler-Fachschule Detmold. ...

Tischler-Fachschule. ...

Tischler-Fachschule. ...